

Stadt Kirchberg



Beteiligungsbericht

für das Geschäftsjahr 2024

(Stand 31.12.2024)

Vorwort

In Anwendung der Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen ist dem Stadtrat der Stadt Kirchberg bis zum 31. Dezember des dem Berichtsjahr folgenden Jahres ein Bericht über die Eigenbetriebe und die Unternehmen in einer Rechtsform des privaten Rechts vorzulegen, an denen die Stadt Kirchberg unmittelbar oder mittelbar beteiligt ist. Dem Bericht sind die entsprechenden Angaben für Zweckverbände, deren Mitglied die Kommune ist, sowie deren Beteiligungsberichte beizufügen.

Mit dem vorliegenden Beteiligungsbericht für das Wirtschaftsjahr 2024 kommt die Stadt Kirchberg nicht nur ihrer nach der Gemeindeordnung bestehenden Berichtspflicht nach. Ziel ist es auch die Öffentlichkeit darüber zu informieren, in welcher vielfältiger Weise die Stadt Kirchberg im Bereich der Daseinsvorsorge tätig ist. Ein Großteil der gemeindlichen Aufgaben wird mittlerweile durch ausgegliederte, organisatorisch oder finanzwirtschaftlich verselbstständigte Organisationseinheiten erfüllt. Gerade im Hinblick auf diese zunehmende Komplexität dient der Beteiligungsbericht als wichtiges Informationsmedium. Er enthält Informationen über alle Beteiligungsverhältnisse, die die Stadt Kirchberg eingegangen ist, über die Formen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit, die Zusammensetzung der Organe und die Ergebnisse des Wirtschaftsjahres 2024.

Zum 31.12.2024 war die Stadt Kirchberg an 2 Gesellschaften unmittelbar beteiligt. Darüber hinaus war die Stadt Kirchberg per 31.12.2024 Mitglied in 3 Zweckverbänden.

Im ersten Teil des Beteiligungsberichtes werden die Gesellschaften, an denen die Stadt unmittelbar beteiligt ist, in einem kurzen Lagebericht dargestellt und auf Unternehmensvorgänge von besonderer Bedeutung eingegangen.

Anschließend folgen die Berichte der einzelnen Unternehmen und der Zweckverbände über das abgelaufene Wirtschaftsjahr 2024. Die Beteiligungsberichte der Zweckverbände sind als Anlage beigefügt.

Kirchberg, im November 2025

Obst
Bürgermeisterin

Inhaltsverzeichnis Seite

Teil A – Allgemeines

A 1. Zweck und Inhalt des Beteiligungsberichtes	5
A 2. Organigramm der Beteiligungen an Unternehmen	6
A 3. Organigramm der Zweckverbände	7
A 4. Gesamtlagebericht	8

Teil B - Beteiligungen an Unternehmen

B 1. Darstellung der Finanzbeziehungen zwischen der Stadt Kirchberg und den beteiligten Unternehmen 2024	9
B 2. Wesentliche Beteiligungen an Unternehmen (über 25 % Beteiligungsquote)	10
B 2.1 Kommunale Wohnungsgesellschaft Kirchberg mbH (KWG)	10
B 3. Beteiligungen an sonstigen Unternehmen (unter 25 % Beteiligungsquote)	18
B 3.1 Kommunale Beteiligungsgesellschaft mbH an der envia (KBE)	18

Teil C – Zweckverbände

C 1. Darstellung der Finanzbeziehungen zwischen der Stadt Kirchberg und den Zweckverbänden 2024	25
C 2. Lageberichte der einzelnen Zweckverbände	26
C 2.1 Lagebericht des Regional- Wasser/Abwasser- Zweckverbandes Zwickau-Werdau	26
C 2.2 Lagebericht des Zweckverbandes Kommunale Informationstechnik Sachsen (KISA)	29
C 2.3 Lagebericht des Zweckverbandes Gasversorgung in Südsachsen	39

Teil D – Anlagen/ Beteiligungsberichte der Zweckverbände

Anlage 1: Beteiligungsbericht der Kommunalen Beteiligungsgesellschaft mbH an der envia (KBE)

Anlage 2: Beteiligungsbericht des Regional- Wasser/Abwasser- Zweckverbandes Zwickau-Werdau

Anlage 3: Beteiligungsbericht des des Zweckverbandes Kommunale Informationstechnik Sachsen (KISA)

Anlage 4: Beteiligungsbericht des des Zweckverbandes Gasversorgung in Südsachsen

Teil A – Allgemeines

A 1. Zweck und Inhalt des Beteiligungsberichtes

Die Betätigung der Kommunen außerhalb der eigentlichen Kernverwaltung durch Beteiligungen an Unternehmen in der Rechtsform des privaten und öffentlichen Rechts, Kooperationen mit Dritten sowie materielle Privatisierungen sind stetig gewachsen und aus der kommunalen Welt nicht mehr wegzudenken.

Alle ausgelagerten Aktivitäten haben sowohl für die Aufgabenerfüllung als auch haushaltswirtschaftlich erhebliche Konsequenzen für die jeweilige Kommune. Die Aufgaben- und Finanzverantwortung der Kommune besteht auch nach Gründung einer Beteiligung und der Auslagerung von Aufgaben aus der Kernverwaltung der Kommune fort.

Die Kommune ist nach den allgemeinen Haushaltsgrundsätzen der Sächsischen Gemeindeordnung zur Steuerung und Überwachung ihrer Beteiligungen verpflichtet. Durch den Beteiligungsbericht werden die Stadträte mit ausgewählten wichtigen Informationen versorgt. Er dient der Dokumentation des kommunalen Beteiligungsvermögens. Der Beteiligungsbericht betrachtet jedoch Daten und Informationen vergangenheitsbezogen und taugt daher nicht für in die Zukunft gerichtete Steuerung.

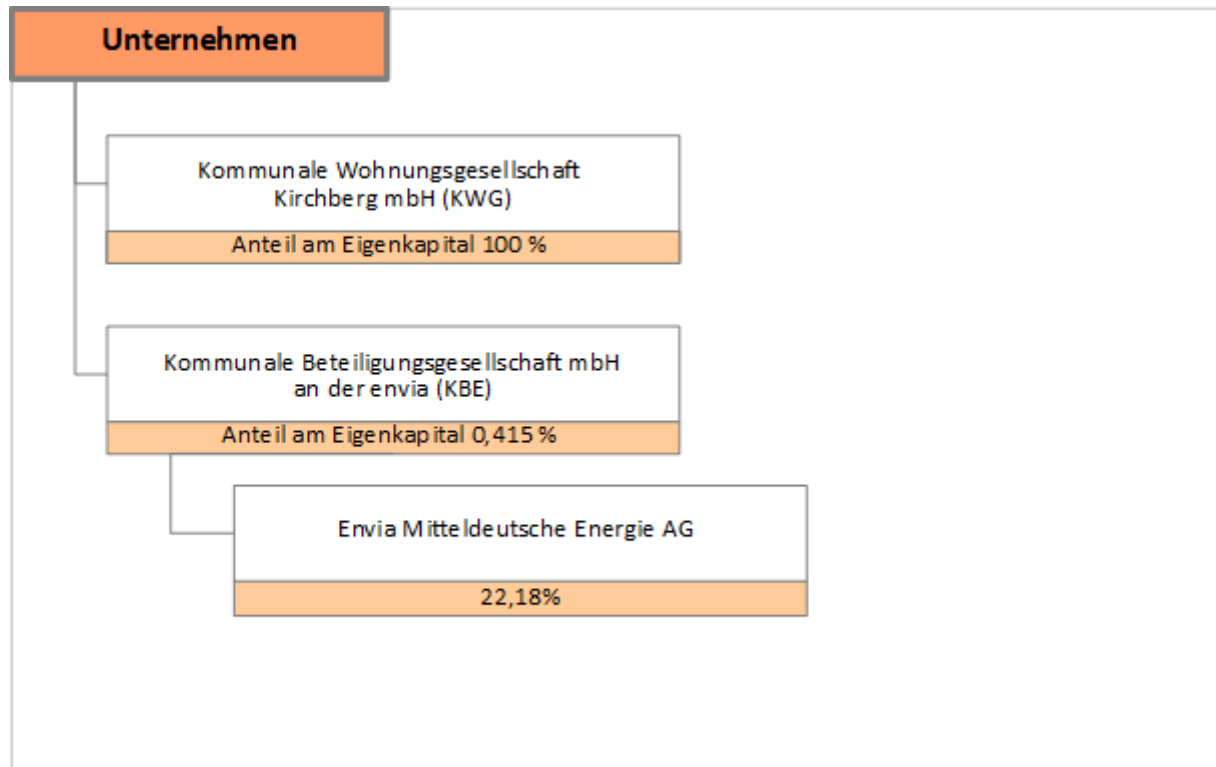
Auch die Stadt Kirchberg bedient sich zur Aufgabenerfüllung wirtschaftlicher Unternehmen und Zweckverbände. Die Ausgliederung von Aufgabenbereichen korrespondiert mit einem Informationsbedarf der Entscheidungsträger und Bürger zu diesen Unternehmen, aber auch mit einem Steuerungsbedarf der Verwaltungsleitung. Grundlage hierfür bildet u.a. der Beteiligungsbericht.

In dem Beteiligungsbericht als zusammenfassendem Informationsinstrument ist gem. § 99 der SächsGemO neben den Unternehmen in Privatrechtsform auch über Zweckverbände, deren Mitglied die Stadt ist, zu berichten. Im Beteiligungsbericht sollen sowohl die unmittelbaren als auch die mittelbaren Beteiligungen einer Stadt erfasst werden. Berichtsjahr ist das Jahr 2024.

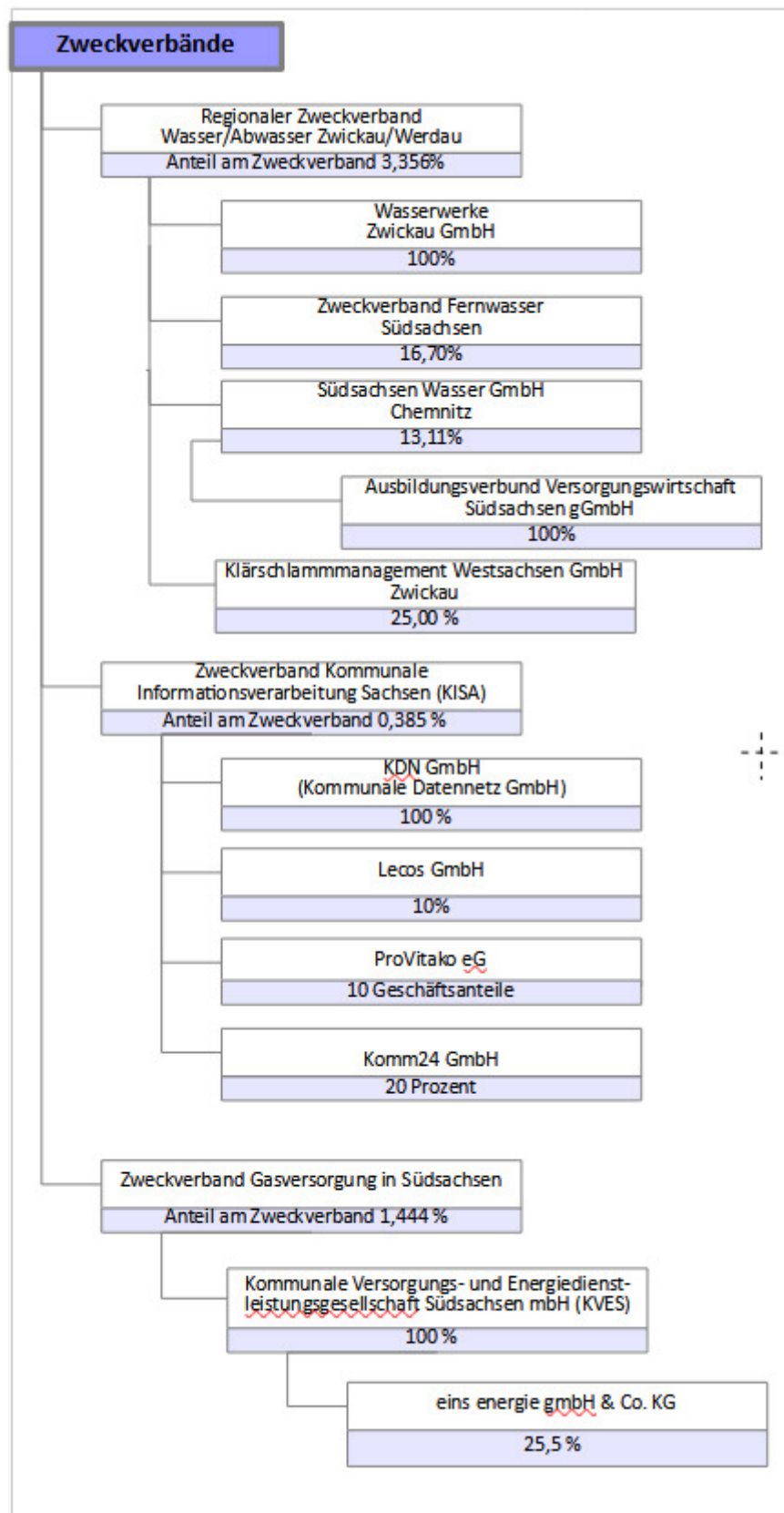
Der Beteiligungsbericht soll zunächst vorrangig die gesetzlichen Anforderungen erfüllen und eine Gesamtübersicht vermitteln.

Im Bericht für 2024 sind die Unternehmen und Zweckverbände enthalten, mit denen im Jahr 2024 ein Beteiligungsverhältnis bestand. In der Regel wurden die Daten der geprüften Abschlüsse per 31.12.2024 verwendet.

A 2. Organigramm der Beteiligungen an Unternehmen



A 3. Organigramm der Zweckverbände



A 4. Gesamtlagebericht

Der Beteiligungsbericht bildet alle Beteiligungen an Unternehmen und Zweckverbänden der Stadt Kirchberg im Jahr 2024 ab. Im Berichtsjahr 2024 hat es gegenüber dem Jahr 2023 keine Änderungen im Bestand der Beteiligungen gegeben.

Ertragslage

Die Beteiligungen der Stadt Kirchberg konnten auch 2024 wieder zum Ergebnis des kommunalen Haushaltes beitragen. So wurde von der Kommunalen Beteiligungsgesellschaft mbH an der envia (KBE) und vom Zweckverband Gasversorgung in Südwestsachsen eine Gewinnabführung an den Haushalt der Stadt geleistet. Vom Regionalen Zweckverband Wasser/Abwasser Zwickau/Werdau erhielt die Stadt Kirchberg dagegen ein Bürgschaftsentgelt für die anteilig verbürgte Darlehenssumme.

Leistungsaustausch, Zuschüsse an Unternehmen

Zahlungen im reinen Leistungsaustausch wurden 2024 im Rahmen der vertraglichen Grundlagen ausgeführt. Sie sind nicht gesonderter Berichtsgegenstand.

Darüber hinaus hat die Stadt Kirchberg aus ihrem Haushalt eine Betriebskostenumlage Straßenentwässerung an den Regionalen Zweckverband Wasser/Abwasser Zwickau/Werdau gezahlt.

Kredite/ Bürgschaften

Im Berichtsjahr 2024 wurden an die beteiligten Unternehmen oder Zweckverbände keine Kredite ausgereicht oder Bürgschaften übernommen. Umgekehrt haben auch die Unternehmen solche Vorgänge nicht für die Stadt Kirchberg geleistet.

Die Stadt Kirchberg bürgt aber für Bestandskredite der Kommunalen Wohnungsgesellschaft Kirchberg mbH i.H. von 1.307.223,31 € sowie des Regionalen Zweckverbandes Wasser/Abwasser Zwickau/Werdau i.H. von 187.988,29 € (Stand jeweils per 31.12.2024).

Risiken

Die in den Beteiligungen zu kalkulierenden Risiken sind in den Lageberichten durch die Geschäftsleitungen aufgeführt und beschrieben. Aus Sicht der Stadt Kirchberg bestehen darüber hinaus keine erwähnenswerten Sachverhalte und erforderlichen Ergänzungen.

Teil B – Beteiligungen an Unternehmen

B 1. Darstellung der Finanzbeziehungen zwischen der Stadt Kirchberg und den beteiligten Unternehmen 2024

Name des Unternehmens	Stammeinlage/ Anteil am Haftungskapital (HK) Eigenkapital (EK)			Verlustabdeckungen und sonstige Umlagen aus dem Haushalt der Stadt	Gewinnabführung an den Haushalt der Stadt	Bürgschaften/ sonstige Gewährleistungen der Stadt	Sonstige gewährte Vergünstigungen
	Gesamt in TEUR	Anteil d. Stadt in TEUR	Anteil in %	2024 in TEUR	2024 in TEUR	2024 in TEUR	2024 in TEUR
Wohnungs- wirtschaft							
Kommunale Wohnungsgesellschaft (KWG)	402,5 (HK)	402,5	100			Bürgschaften i.H. von max. 1.440,0 Rahmen für Liquiditätsdarlehen i.H. von 200 ,0	6,8 (Bürgschaftsentgelt)
Ver- und Entsorgung							
Kommunale Beteiligungsgesellschaft mbH an der envia (KBE)	54.134 (EK)	221,3	0,42		145,6		0,3 (Kommunalrabatt)

B 2. Wesentliche Beteiligungen an Unternehmen (über 25 % Beteiligungsquote)

B 2.1 Kommunale Wohnungsgesellschaft Kirchberg mbH (KWG)

1. Beteiligungsübersicht

Name: Kommunale Wohnungsgesellschaft mbH Kirchberg

Anschrift: Bahnhofstraße 14
08107 Kirchberg
Tel.: 037602/730-0
Fax: 037602/73026

Sitz: Kirchberg

Gründungsjahr: 10.11.1993

Rechtsform:

GmbH, eingetragen im Handelsregister (HRB 9442) beim Amtsgericht Chemnitz, (erste Eintragung vom 27.01.1994, letzter Auszug datiert vom 24.04.2018)

Stammkapital:

Stammkapital der GmbH	402.500,00 €
Geschäftsanteil der Stadt Kirchberg:	100 %

Unternehmensgegenstand, Unternehmenszweck:

Nach § 2 des Gesellschaftervertrages in der Fassung vom 27. Juni 2005 ergibt sich der Gegenstand des Unternehmens im Rahmen seiner kommunalen Aufgabenstellung wie folgt:

Die Gesellschaft errichtet, betreut, bewirtschaftet, saniert und verwaltet Bauten in allen Rechts- und Nutzungsformen, darunter Eigenheime, Eigentumswohnungen und Teileigentum.

Sie kann außerdem alle im Bereich der Wohnungswirtschaft, des Städtebaus und der Infrastruktur anfallende Aufgaben übernehmen, Grundstücke erwerben, belasten und veräußern sowie Erbbau-rechte ausgeben. Sie kann Gemeinschaftsanlagen und Folgeeinrichtungen, Läden und Gewerbebau-ten, soziale und kulturelle Einrichtungen und Dienstleistungen bereitstellen.

2. Organe

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, der Aufsichtsrat und die Geschäftsführung

Geschäftsführung: Frau Dipl.-Betriebswirt Helga Leistner

Aufsichtsrat: 6 Mitglieder

Aufsichtsratsvorsitzender: Herr Andre Wutzler, Stadtrat
Diplomkaufmann, Sparkasse Zwickau,

Stellv. Aufsichtsratsvorsitzender: Herr Frank Hänel, Kämmerer der Stadt Kirchberg

Mitglieder des Aufsichtsrats: Frau Kerstin Rommerskirch, Stadträtin
Altenpflegerin,
Johanniter-Unfall-Hilfe e.V., Kirchberg

Herr Mario Wirker, Stadtrat
Beamter, Freistaat Sachsen

Frau Dorothee Obst,
Bürgermeisterin Stadt Kirchberg

Herr Rico Möckel, Stadtrat (bis August 2024)
Filialleiter Sparkasse Zwickau,
Geschäftsstelle Kirchberg,

Frau Marina Dreißig, Stadträtin (ab August 2024)
Metallurgielaborantin

Name des bestellten Abschlussprüfers:

WIBERA Wirtschaftsberatung AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Leipzig

3. Jahresabschluss 2024

3.a) Gewinn- und Verlustrechnung

	2024	2023
	EUR	EUR
1. Umsatzerlöse		
a) aus Bewirtschaftungstätigkeit	2.181.087,63	2.157.208,45
b) aus Betreuungstätigkeit	39.333,60	39.249,55
	2.220.421,23	2.196.458,00
2. Erhöhung (+)/ Verminderung (-) des Bestands an unfertigen Leistungen	68.724,33	60.306,67
3. Sonstige betriebliche Erträge	45.450,05	39.739,55
4. Aufwendungen für bezogene Lieferungen und Leistungen		
Aufwendungen für Bewirtschaftungstätigkeit	1.333.215,73	1.199.345,82
(davon Grundsteuer € 47.209,76; Vorjahr € 47.209,76)		
5. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	268.563,98	282.730,83
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung	73.535,87	94.278,18
(davon für Altersversorgung € 12.472,65; Vorjahr € 17.302,74)		
	342.099,85	377.009,01
6. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	497.295,92	507.038,15
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	84.296,08	79.104,15
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	10.672,11	2.410,19
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	57.760,91	47.225,46
10. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag (Ertragssaldo)	3.291,19	3.417,22
11. Ergebnis nach Steuern/Jahresüberschuss	33.890,42	92.609,04

b.) Mehrjahresvergleich wichtiger Finanzkennzahlen

	2024 bzw. 31.12.2024	2023 bzw. 31.12.2023	2022 bzw. 31.12.2022	2021 bzw. 31.12.2021	2020 bzw. 31.12.2020
		T€	T€	T€	T€
Umsatzerlöse aus Bewirtschaftungstätigkeit	2.181	2.157	2.074	1.977	2.018
Aufwendungen für Bewirtschaftungstätigkeit	1.333	1.199	1.200	1.177	1.177
Personalaufwand	342	377	302	294	293
Zinsergebnis	-47	-45	-54	-61	-69
Jahresergebnis	34	93	87	39	138
Forderungen aus Vermietung	8	2	7	3	4
Flüssige Mittel	424	392	201	143	227
Eigenkapital	7.172	7.138	7.045	6.959	6.920
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	2.495	2.842	3.266	3.706	4.188

3. c) Betriebswirtschaftliche Kennzahlen

		2024 bzw. 31.12.2024	2023 bzw. 31.12.2023	2022 bzw. 31.12.2022	2021 bzw. 31.12.2021	2020 bzw. 31.12.2020
Allgemeine Daten						
Anzahl der Wohneinheiten (eigener Bestand)	WE	569	571	571	571	571
Wohnfläche	m²	30.306	30.306	30.306	30.306	30.306
Leerstand	WE	119	110	93	114	106
Leerstandsquote (WE)	%	20,9	19,3	16,3	20,0	18,6
Leerstandsquote (m² Wohnfläche)	%	18,8	17,5	14,8	18,6	18,0
Fremdverwaltung	WE	194	194	194	194	193
Durchschnittliche Mitarbeiterzahl (ohne Geschäftsführer)	Anzahl	4	4	4	4	4
Durchschnittliche Mitarbeiter je 100 eigene WE	Anzahl	0,7	0,7	0,7	0,7	0,7
Umsatz						
Umsatzerlöse	T€	2.181	2.196	2.113	2.015	2.056
Durchschnittliche Sollmiete für Wohnräume	€/m²/Monat	4,28	4,29	4,27	4,24	4,24
Durchschnittlicher Erlösschmälerungsgrad	%	17,3	14,8	16,7	18,2	17,7
Aufwandsstruktur						
Durchschnittliche Betriebskosten je m² Wohnfläche	€/m²/Monat	2,91	2,68	2,49	2,38	2,16
Durchschnittlicher Instandhaltungsaufwand je m² Wohnfläche¹	€/m²/Monat	0,76	0,62	0,81	0,86	1,08
Durchschnittliche planmäßige Abschreibungen je m² Wohnfläche	€/m²/Monat	1,37	1,39	1,38	1,39	1,34
Durchschnittlicher Zinsaufwand je m² Wohnfläche	€/m²/Monat	0,16	0,13	0,15	0,17	0,19
Jahresergebnis	T€	34	93	87	39	138

4. Lagebericht

Unternehmen und Rahmenbedingungen

Gesellschafter und Gegenstand des Unternehmens

Die Stadt Kirchberg ist alleinige Gesellschafterin der Kommunalen Wohnungsgesellschaft mbH Kirchberg (nachfolgend auch KWG oder Gesellschaft genannt) und hält somit 100 % des Stammkapitals in Höhe von EUR 402.500. Die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft im Rahmen ihrer kommu-

nen Aufgabenstellung besteht vorrangig darin, eine sozial verantwortbare Wohnungsversorgung für breite Schichten der Bevölkerung sicherzustellen.

Entwicklung der Branche

Die Probleme in der regionalen Vermietung liegen weiterhin im hohen Altersdurchschnitt unserer Mieter und der Kirchberger Bevölkerung und den geringen Möglichkeiten, Barrierefreiheit in den vorhandenen Wohnungen zu schaffen. Ebenso werden Vermietungen oberhalb der 3. Etage zunehmend auch an junge Menschen zum Problem und der größte Anteil unserer Wohnungen befindet sich im Plattenbaugebiet. Trotz guter Wohnqualität auf Grund der durchgeführten Sanierungen bei Neuvermietungen besteht hier ein Imageproblem.

Entwicklung der Gesellschaft im Jahr 2024

2.1. Wesentliche Ereignisse

Die Vermietungssituation hat sich wieder etwas negativ verändert. Die Leerstandsquote¹ liegt per 31. Dezember 2024 bei 18,8 % nach 17,5 % per Ende 2023.

Im Geschäftsjahr 2024 wurden Investitionen in Höhe von TEUR 57 getätigt und weitere TEUR 276 für die Modernisierung und Instandhaltung unseres Wohnungsbestandes eingesetzt. Insgesamt flossen demzufolge TEUR 333 in die Erhaltung unseres Bestandes. Alle Maßnahmen wurden aus Eigenmitteln der Gesellschaft finanziert.

Geschäftsverlauf

Die Gesellschaft bewirtschaftete im Jahr 2024 569 Wohnungseinheiten und 14 Gewerbeeinheiten im eigenen Bestand und 194 Wohnungseinheiten und 13 Gewerbeeinheiten im fremden Bestand. Zum 31. Dezember 2024 waren im Unternehmen 119 Wohnungen nicht vermietet, was einer Leerstandsquote von 18,8 % entspricht (Vorjahr 17,5%).

Im Geschäftsjahr 2023 wurden 37 Wohnungen neu vermietet (Vorjahr 26). Bei den 43 Wohnungskündigungen liegen die Hauptkündigungsgründe weiterhin in der Altersstruktur der Mieter (Sterbefälle, Auszug wegen Pflegebedürftigkeit).

Nach Abzug der Erlösschmälerung betragen die Erlöse aus Vermietung TEUR 1.331 und sind gegenüber dem Vorjahr um TEUR 24 gesunken, was auf den angestiegenen Leerstand und die auslaufende Vermietung von Gewährträgerwohnungen zurückzuführen ist.

Investitionen/Instandhaltung

Im Jahr 2024 wurden TEUR 276 (Vorjahr TEUR 225) für Instandhaltungsleistungen und TEUR 57 (Vorjahr TEUR 253) für Investitionen ins Anlagevermögen aufgewendet.

Im Rahmen der Instandhaltungsleistungen wurden TEUR 146 (Vorjahr TEUR 170) für laufende Instandhaltung in Anspruch genommen. Für Wohnungssanierungen vor Neuvermietung wurden TEUR 129 (Vorjahr TEUR 56) aufgewendet.

Die Investitionskosten in Höhe von TEUR 57 resultieren aus der grundhaften Sanierung einer WE in der Robert- Seidel- Straße 11a sowie der begonnenen Arbeiten an einer Wohnung im Objekt Gemeindesteig 4 in Saupersdorf.

Personalentwicklung

Im Jahresdurchschnitt beschäftigte das Unternehmen unverändert zum Vorjahr aktiv neben der Geschäftsführerin drei Mitarbeiter als Vollzeit- und einen als Teilzeitbeschäftigten. Gegenüber dem Vorjahr ist das unverändert. Die Personalkosten lagen bei TEUR 342 (Vorjahr: TEUR 377). Der Rückgang liegt hauptsächlich an der vorjährigen Rückstellungsbildung für Altersteilzeit, gegenläufig wirkte die tariflichen Vergütungssteigerung.

Lage der Gesellschaft

Der Geschäftsverlauf sowie die Entwicklung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft bis zum Ende des Geschäftsjahres 2024 werden angesichts der vorliegenden Rahmenbedingungen (siehe auch Abschnitt 1.2) insgesamt als gut eingeschätzt. Ergänzend wird insoweit auf den Vergleich zur Ertragsplanung in der Anlage zum Lagebericht verwiesen.

Vermögenslage

Zum 31. Dezember 2024 betrug die Bilanzsumme der Gesellschaft TEUR 11.133 (Vorjahr TEUR 11.447) und hat sich gegenüber dem Vorjahr um TEUR 314 vermindert.

Im Anlagevermögen wurden Aktivierungen in Höhe von TEUR 57 und Abschreibungen in Höhe von TEUR 497 (Vorjahr TEUR 507) vorgenommen. Es handelt sich dabei um planmäßige Abschreibungen.

Das Umlaufvermögen hat sich um TEUR 127 erhöht. Dabei gab es bei den Vorräten eine Erhöhung um TEUR 68 und bei den Forderungen und sonstigen Vermögensgegenständen um TEUR 27. Die flüssigen Mittel erhöhten sich um TEUR 32.

Zum 31. Dezember 2024 ist die Gesellschaft mit Eigenkapital in Höhe von TEUR 7.172 ausgestattet. Gegenüber dem Vorjahr bedeutet dies eine Zunahme um TEUR 34. Die Eigenkapitalquote beträgt 64,4 % (Vorjahr 62,4 %). Die Zunahme des Eigenkapitals resultiert aus dem Jahresüberschuss 2024 in Höhe von TEUR 34.

Die Verbindlichkeiten der Gesellschaft gegenüber Kreditinstituten wurden um TEUR 347 vermindert und betrugen zum 31. Dezember 2024 TEUR 2.495 (Vorjahr 2.842). Die Kredittilgungen resultieren aus planmäßigen Tilgungen. Der Anteil von Fremdkapital am Gesamtkapital betrug per 31. Dezember 2024 35,6 % (Vorjahr 37,4 %).

Finanzlage

Die Finanzlage der Gesellschaft ist geordnet. Die Zahlungsfähigkeit war jederzeit gegeben. Ein unbefristetes Gesellschafterdarlehen steht dem Unternehmen in Höhe von TEUR 200 zur Verfügung, welches im Jahr 2024 nicht in Anspruch genommen wurde.

Die Zahlungsmittelabflüsse für Investitionen von TEUR 57 und für den Abbau der Bankverbindlichkeiten in Höhe von TEUR 347 konnten vollständig aus dem Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit von TEUR 435 bedient werden. Der Bestand an flüssigen Mitteln zum Stichtag 31. Dezember 2024 betrug TEUR 424 (Vorjahr TEUR 392).

Die bisherige Geschäftsführerin ist zum 01.06.2025 in die Ruhephase ihrer Altersteilzeitregelung eingetreten. Die durch die Gesellschaft zu leistenden Beträge sind zurückgestellt und die Liquiditätswirkung ist eingeplant.

Ertragslage

Im Geschäftsjahr 2024 war der Jahresüberschuss gegenüber dem Vorjahr (TEUR 93) um TEUR 59 geringer und betrug TEUR 34. Das resultiert hauptsächlich aus der 2023 ganzjährigen Vermietung der Gewährträgerwohnungen, sowie gestiegenen Aufwendungen für Leerstand, Instandhaltung und Modernisierung.

Das Finanzergebnis hat sich gegenüber dem Vorjahr aufgrund höherer Zinsaufwendungen trotz planmäßiger Darlehenstilgungen um TEUR 2 verschlechtert.

Wesentliche Chancen und Risiken

Aus der Prognose zur Bevölkerungsentwicklung in der Stadt Kirchberg und der Altersstruktur der Mieter im Unternehmen lassen sich grundlegende Aussagen zur langfristigen Vermietungssituation im Unternehmen ableiten. Der demografische Wandel ist auf Grund von Überalterung der Bevölkerung langfristig nicht aufzuhalten.

Kurz- bis mittelfristig hält die Verlängerung und Erweiterung des Wohnprojektvertrages mindestens bis Ende 2025 diese Entwicklung etwas auf. Die vermieteten Gewährträgerwohnungen an die Stadt Kirchberg in Folge der Flüchtlingskrise durch den Krieg in der Ukraine wurden jedoch zum 30.06.2025 gekündigt, was den Leerstand ab diesem Datum weiter erhöht.

Um einem zukünftigen Wohnungsleerstand entgegenzuwirken, muss der Bestand mittel- und langfristig weiter reduziert sowie teilweise umgestaltet und damit attraktiver werden. Dies schließt hauptsächlich seniorengerechte Umbauten und Schaffung von größeren Wohnungen bei entsprechendem Bedarf ein. Auch die Ausstattung mit Balkonen erhöht das Interesse an Wohnungen. Finanzmittel für derartige Investitionen müssen über Fremdfinanzierungen bereitgestellt werden.

Weitere große Herausforderungen bzw. Risiken für den Wohnungsmarkt bestehen in den Auswirkungen der hohen Baupreise sowie mit hohen Kosten verbundene zu erzielende Verbesserungen in der Energieeffizienz der Gebäude. Es gilt, diese Kosten und sozialverträgliche Mieten so in Einklang zu bringen, dass insbesondere auch kleine Wohnungsunternehmen weiter existieren können. Erschwerend hinzu kommt noch ein sich abzeichnender Arbeitskräftemangel im gesamten Handwerkerbereich, welcher sich ebenfalls negativ auf die Wohnungsbranche auswirkt.

Die Gesellschaft will gerade letzterem Risiko durch den Aufbau eigener Handwerkerkapazitäten begegnen. Dies wird im Wirtschaftsplan 2026 berücksichtigt.

Prognose und Ausblick

Für das Geschäftsjahr 2025 hat das Unternehmen Erlöse aus der Vermietung in Höhe von TEUR 1.305 geplant, was gegenüber der Planung 2024 gleichgeblieben ist. Gegenüber den im Jahr 2024 tatsächlich realisierten Erträgen aus Vermietung ist das eine leerstandsbedingte Verringerung um TEUR 26.

Insgesamt wird für 2025 planmäßig ein Jahresüberschuss in Höhe von TEUR 32 erwartet, was gegenüber dem Plan 2024 eine Verbesserung um TEUR 7 und gegenüber dem tatsächlich erzielten Jahresergebnis des Geschäftsjahres 2024 eine Verschlechterung um TEUR 2 bedeutet.

Die Finanzierung der Geschäftstätigkeit der KWG im Geschäftsjahr 2025 ist entsprechend den Prämissen der Planung gesichert. Zum Ausgleich von ungeplanten Liquiditätsschwankungen kann die Gesellschaft auf ein unbefristet verfügbares Gesellschafterdarlehen (TEUR 200) zurückgreifen.

B 3. Beteiligungen an weiteren Unternehmen (unter 25 % Beteiligungsquote)

B 3.1 Lagebericht der Kommunalen Beteiligungsgesellschaft mbH an der envia (KBE)

1. Allgemeines

Die KBE ist mit 56.007.286 Aktien im Aktienbuch der enviaM eingetragen. Von diesen Aktien werden 2.529.387 enviaM-Aktien treuhänderisch verwaltet. Der eigene Aktienbestand der KBE beträgt 53.477.899 enviaM-Aktien. Gegenüber dem Vorjahr hat sich der Aktienbestand nicht geändert.

Bis zum Ende des Geschäftsjahres 30. Juni 2024 wurden keine Geschäftsanteile gekündigt und der KBE zum Kauf angeboten.

Die KBE ist im Handelsregister des Amtsgerichts Chemnitz unter HRB 20040 eingetragen und hat ein Stammkapital von 54.134.451 EURO. Die eigenen Anteile betragen 829.622 EURO.

Im Geschäftsjahr 2023/2024 wurden keine Aktien in die KBE eingelegt.

2. Vorgänge von besonderer Bedeutung im Geschäftsjahr 2022/2023

2.1 Konsortialgespräche mit E.ON

Im Wirtschaftsjahr 2023/2024 fanden insgesamt 2 Konsortialgespräche mit E.ON statt. Dabei standen im Wesentlichen folgende Themen im Fokus:

Status Wertschöpfungsprojekte

Im Rahmen des 8. Nachtrags zur Konsortialvereinbarung zwischen KBE, KBM und E.ON wurden die regionalen Wertschöpfungsprojekte PEN@enviaM, TowerCo@E.ON und EngineeringDL@enviaM initiiert.

Im Konsortialgespräch vom 18. März 2024 wurde für alle 3 Projekte der IST-Umsatz und die künftige Ausrichtung vom Vorstand vorgestellt.

TowerCo: E.ON hat unter dem Namen „TowerCo“ ein Konzept zur zentralen Vermarktung und Vermietung von Assets der E.ON-Konzerngesellschaften an Mobilfunknetzbetreiber erarbeitet, das durch Einrichtung eines Kompetenzzentrums bei der enviaM umgesetzt werden soll (Standortstärkung). TowerCo ist ein Zukunfts- und Wachstumsgeschäft zum 5G-Ausbau mit entsprechendem Wachstumspotential. Teil des angedachten Konzepts sind die Bündelung des Vertragsmanagements und die Vermarktung geeigneter Standorte einschließlich der mittelfristigen Schaffung von zusätzlichen Arbeitsplätzen.

PEN@enviaM: Eine der vier Säulen der Digitalisierungsstrategie im E.ON-Netz ist der Aufbau einer „Plattform of Energy Networks (PEN)“. PEN konsolidiert Daten und schafft die Voraussetzung für eine kundenorientierte, effiziente und skalierbare Kommerzialisierung der Daten durch E.ON-Gesellschaften (Schaffung einer Brücke zwischen der transaktionalen Datenbasis und den intelligenten Netz- und Kundenlösungen). Mit dem Projekt PEN wird der Aufbau einer Daten-Plattform im

E.ON-Konzern als Basis für eine Daten-Kommerzialisierung aller E.ON-Gesellschaften bei enviaM eingerichtet.

EngineeringDL@enviaM: Im Energiesystem werden zunehmend qualitative Ingenieurdienstleistungen nachgefragt. enviaM plant die Ausgründung eines Ingenieurdienstleisters (konventionelles Geschäft, Ausbau der Energieverteilnetze, Smartifizierung von Nieder- und Mittelspannungsnetzen) und stellt damit externen Kunden und der E.ON-Gruppe einen leistungsstarken Ingenieurpartner zur Seite, um Know-how, Gewinn- und Planungskompetenz zu sichern. Die Realisierung erfolgt bei enviaM SERVICE am Standort Cottbus.

Verwendung kommunaler Investitionstopf für das Jahr 2023

Die Umsetzung des Projektes „Breitbandausbau Erzgebirge“ mit einem Volumen von 30 Mio. Euro aus dem kommunalen Investitionsbudget hat am 13. März 2024 mit dem symbolischen Spatenstich in Niederdorf begonnen. Der Vorstand informierte am 7. Dezember 2023 über, aus Sicht enviaM, angezeigten notwendigen Veränderungen. Die Mitglieder der Partnerversammlung sind hier gegenwärtig noch im Austausch mit Vorstand und E.ON über eine sinnvolle Aktualisierung.

Dekarbonisierung und damit Auswirkungen auf das Gasgeschäft

Aufgrund des von der Politik beschlossenen Ausstiegs aus Kohle und Gas wird es einen starken Aufwuchs im Strombereich geben. Erwartet wird deshalb u.a. ein noch härterer Wettbewerb um Stromkonzessionen.

Strategische Ausrichtung

Die strategische Ausrichtung der enviaM-Gruppe innerhalb des E.ON-Konzerns bildet den ständigen Schwerpunkt der Konsortialgespräche. Aufgrund der zunehmenden Unabwägbarkeiten mit der die Politik die Energieversorger konfrontiert, ist es richtig, hier den Kompass und die strategische Ausrichtung nicht zu verlieren. Gleichzeitig ist eine schnelle Anpassung an die jeweiligen Gegebenheiten wichtig. enviaM ist dies im Berichtszeitraum gut gelungen. Die KBE achtet dabei gemeinsam mit der KBM auf die Einhaltung der kommunalen Ziele wie:

- enviaM muss ein eigenständiges kommunal mitbestimmtes Unternehmen bleiben.
- Die enviaM-Gruppe sichert Arbeitsplätze und Ausbildungsplätze in der Region.
- enviaM erzeugt eine nachhaltige Wertschöpfung für die Region.
- Dividendenkontinuität ist ein wichtiges Instrument für die Haushalte der Kommunen.
- enviaM steht für gemeinsames und partnerschaftliches Engagement für die Energiewende.
- Eine Vereinbarung sichert die Gewerbesteuer für alle regionalversorgten Städte und Gemeinden.

2.2 Dividendenerwartung enviaM 2023 – Ausschüttung 2024

Die Hauptversammlung der enviaM hat am 7. Mai 2024 auf der Grundlage des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2023 eine Dividende in Höhe von 0,67 €/enviaM-Aktie beschlossen. Das ist eine Steigerung um 0,02 €/enviaM-Aktie und macht in Summe 1.069.557,98 € allein für die KBE aus. Damit erhält die KBE für ihre Gesellschafter eine Dividende in Höhe von 35.830.192,33 €.

2.3 Zinswende – keine Vorabausschüttung 2023

Die positive Zinsentwicklung eröffnet der KBE auch im Jahr 2024 die Möglichkeit, das Finanzergebnis der KBE weiterhin positiv zu stärken. Deshalb hat der Aufsichtsrat in seiner Sitzung am 21. März 2024 beschlossen, auch im Jahr 2024 keine Vorabausschüttung vorzunehmen und die Dividende der enviaM in voller Höhe bis zur Gewinnausschüttung der KBE im Dezember 2024 verzinst anzulegen.

2.4 Gewerbesteuererlegung für die Veranlagungszeiträume 2020 - 2024

Die bestehende Gewerbesteuererlegungsvereinbarung der kommunalen Anteilseigner KBE und KBM, dem Finanzamt Chemnitz und der enviaM, die zum 31. Dezember 2024 endet, wurde im September 2023 für die Erhebungszeiträume 2025 – 2029 verlängert. Da die Städte und Gemeinden im Versorgungsgebiet an der Gewerbesteuer partizipieren, ist es wichtig, dass die Vereinbarung, wonach die Gewerbesteuer der enviaM nach dem Schlüssel

- 60 % Stromabsatz im Versorgungsgebiet und
 - 40 % Löhne
- aufgeteilt ist.

3. Einlage von Treugeberaktien – Ankauf von Geschäftsanteilen

Im Geschäftsjahr 2023/2024 hat kein Treugeber bzw. Direktaktionär der enviaM seine Aktien in die KBE eingelegt. Es wurden auch keine Geschäftsanteile zum Kauf angeboten.

4. Kapitalgeldanlagen der KBE

Die KBE verfügt zum 30. Juni 2024 über Geldanlagen i.H. von 38.450.000 EURO.

Der zu erwartende Zinsgewinn von ca. 650.000 € fließt dem Finanzergebnis der KBE zu und dient damit einer Stabilisierung der eignen Ausschüttungspolitik.

5. Interne Angelegenheiten der KBE

5.1 Geschäftsstelle der KBE

Die Geschäftsstelle der KBE befindet sich seit Mai 2020 in den Geschäftsräumen des Sächsischen Städte- und Gemeindetages, Glacisstraße 3 in 01099 Dresden.

5.2 Koordinierungsstelle kommunal

Die Koordinierungsstelle kommunal bündelt die Interessen der kommunalen Anteilseigner KBE und KBM gegenüber dem Vorstand enviaM, der E.ON SE als dem Hauptanteilseigner und sonstigen Dritten. Die Kooperation hat sich bewährt und trägt dazu bei, dass es ein gemeinsames Auftreten der beiden Anteilseignergesellschaften KBE und KBM nach außen gibt. Die Anteilseignergesellschaften KBE und KBM haben sich in der Partnerschaftsvereinbarung vom 6./7. April 2022 darauf

verständigt, die Koordinierungsstelle kommunal (KBE und KBM) bei der Geschäftsstelle der KBE anzusiedeln und die Geschäftsführung der KBE gleichzeitig zur Leitung der Koordinierungsstelle kommunal zu berufen. Die Kosten für die Koordinierungsstelle werden zu 60 % von der KBE und zu 40 % von der KBM getragen.

5.3 Personal der KBE

Die Geschäftsstelle hat eine schmale Personaldecke mit einem Geschäftsführer und einer Mitarbeiterin. 50 % der Personalkosten werden der Koordinierungsstelle kommunal zugeordnet und dort zu 40 % von der KBM und zu 60 % von der KBE getragen. Die rechtliche und steuerrechtliche Beratung wird extern beauftragt.

5.4 Internet-/Intranet-Auftritt

Der modernisierte Internet- und Intranet-Auftritt der KBE wird fortlaufend aktualisiert. Für die Gesellschafter und den Aufsichtsrat gibt es einen eigenen Intranet-Bereich. Damit können Gesellschafter zu jeder Zeit Informationen wie Satzung, Beteiligungsbericht, Beteiligungswert zur Doppik, Protokolle der Gesellschafterversammlung u.a. einsehen bzw. abrufen. Der Aufsichtsrat hat einen eigenen Intranet-Zugang.

6. Geschäftsverlauf und Lage der Gesellschaft

6.1 Ausschüttung

Die Gesellschafterversammlung der KBE hatte am 3. November 2023 beschlossen, für das Geschäftsjahr 2022/2023 das festgestellte Jahresergebnis zum 30. Juni 2023 und einen Teil der Gewinnrücklage mit insgesamt 35.000.000 EURO an die Gesellschafter auszuschütten. Die Ausschüttung in voller Höhe erfolgte nach Beschlussfassung der Gesellschafterversammlung vom 3. November 2023 am 11. Dezember 2023.

Nach dem vorliegenden Wirtschafts-, Ertrags- und Finanzplan 2023/2024 ist für das Wirtschaftsjahr 2023/2024 eine Ausschüttung in Höhe von insgesamt 35.000.000 EURO geplant. Über die endgültige Ausschüttung entscheidet die Gesellschafterversammlung am 8. November 2024.

6.2 Ankauf von Geschäftsanteilen – Kündigung zum 30. Juni 2024

Bis zum 30. Juni 2024 gab es keine Kündigung von Geschäftsanteilen und damit keinen Ankauf durch die KBE.

6.3 Aufsichtsrat der KBE

Der Aufsichtsrat der KBE bestand zum Beginn des Wirtschaftsjahres aus 17 Mitgliedern. Für Herrn Herold Quick, der zum 28. Februar 2023 aus dem Aufsichtsrat ausgeschieden war, wurde in der Gesellschafterversammlung am 3. November 2023 Herr Göran Schrey, Amtsdirektor Amt Plessa in den Aufsichtsrat der KBE nachgewählt. Im Wirtschaftsjahr 2023/2024 schied Herr Roland März, Bürgermeister Gemeinde Doberschütz zum 1. April 2024 aus dem Aufsichtsrat aus.

In der Gesellschafterversammlung am 8. November 2024 erfolgt die Neuwahl des Aufsichtsrates der KBE.

6.4 Mitwirkung in den Aufsichtsräten der enviaM – MITGAS – MITNETZ STROM

Die KBE ist im Aufsichtsrat der enviaM mit vier Mitgliedern und in den Aufsichtsräten der MITGAS und der MITNETZ STROM mit je einem Mitglied vertreten.

Dem Aufsichtsrat der enviaM gehören von Seiten der KBE an:

Herr Thomas Zenker (Aufsichtsratsvorsitzender KBE), Herr Karsten Schütze (erster Stellvertreter des Aufsichtsratsvorsitzenden der KBE), Frau Astrid Münster (Mitglied des Aufsichtsrates KBE) und Herr Mike Ruckh (Geschäftsführer KBE). Herr Thomas Zenker ist zweiter Stellvertreter des Aufsichtsratsvorsitzenden enviaM und Mitglied des Personalausschusses.

Im Aufsichtsrat der MITGAS und im Aufsichtsrat der MITNETZ STROM vertritt der Geschäftsführer der KBE, Herr Mike Ruckh, die kommunalen Anteilseigner. Durch die Mitwirkung in den Aufsichtsräten besteht ein unmittelbarer Einfluss auf enviaM und deren größte Tochtergesellschaften.

6.5 Vermögens- und Finanzlage/Einnahmeerwartung

Grundlage für die Beurteilung der Vermögens- und Finanzlage der KBE ist die Beteiligung an der enviaM, d.h. Chancen und Risiken der enviaM sind auch Chancen und Risiken der KBE. Der Wert der Beteiligung an der enviaM ist, wie im Gutachten AC Christes & Partner GmbH bestätigt, positiv einzustufen. Wie kaum eine andere Branche werden die Betriebsergebnisse derzeit von politischen Entscheidungen beeinflusst. Dabei ist es sehr erfreulich, dass enviaM die vorgegebene Dividendenerwartung von 0,65 €/enviaM-Aktie nicht nur erreicht, sondern übertroffen hat. Wir streben an, 0,67 €/enviaM-Aktie zumindest mittelfristig als Dividende zu festigen.

Risiken für die zukünftigen Dividendeneinnahmen bilden nach wie vor eine Reihe noch ausstehender gesetzlicher Regelungen und Verordnungen, die dazu führen könnten, dass die Ertragskraft sinkt, da weiterhin enorme Investitionen sowohl in die Versorgungsnetze durch den massiven Ausbau der erneuerbaren Energien notwendig sein werden. Hier besteht seitens der Politik Handlungsbedarf. Die Energiebranche braucht insoweit Planungssicherheit und auskömmliche Renditen, um zukunftsorientiert ihre Aufgaben erfüllen zu können. Ebenso müssen Genehmigungsverfahren beschleunigt und auf ein notwendiges Maß reduziert werden.

Der Aufbau neuer Geschäftsfelder und die Erhöhung des Digitalisierungsgrades sind unabdingbare Voraussetzungen für die Stabilität und Werthaltigkeit des Unternehmens enviaM. Künstliche Intelligenz wird bei der Zunahme von PV-Anlagen und Windparks eine große Rolle spielen. Das kostet Geld und Zeit. Politik und Bundesnetzagentur müssen auch die Refinanzierung der Investitionen der Verteilnetzbetreiber im Auge haben.

Die KBE hat keine Darlehensverpflichtungen. Die Vermögens- und Finanzlage ist geordnet. Die Gesellschaft verfügt über Rücklagen, die in den nächsten Jahren die Kontinuität der Ausschüttung gewährleisten. Für Ankäufe von Geschäftsanteilen wurde mittelfristig ein Betrag von jährlich 200.000 EURO eingeplant. Weitere Ankäufe wären aus der Rücklage möglich. Die laufenden Kosten entsprechen mit Anpassungen dem bisherigen Niveau bzw. werden in der Mittelfristplanung transparent dargestellt.

6.6 Betriebsprüfung des Finanzamtes Chemnitz-Süd für den Zeitraum von 2018 bis 2020

Das Finanzamt Chemnitz-Süd führte für den Veranlagungszeitraum von 2018 bis 2020 eine Betriebsprüfung vom 8. Februar 2024 bis zum 28. März 2024 durch. Die Prüfung erstreckte sich auf die Körperschaftssteuer, Gewerbesteuer, Umsatzsteuer und Kapitalertragsteuer. Mit Schreiben vom 4. April 2024 teilte das Finanzamt Chemnitz-Süd der KBE mit, dass die Betriebsprüfung abgeschlossen ist und zu keiner Änderung der Besteuerungsgrundlagen führt.

7. Vorgänge von besonderer Bedeutung für das kommende Geschäftsjahr

Für das folgende Jahr setzt sich enviaM das ambitionierte Ziel, den Kundenbestand bei den privat- und Gewerbekunden zu stabilisieren. In den Bereichen Vertriebshandel, Geschäftskunden und Weiterverteiler werden aufgrund der intensiven Wettbewerbssituation sowie der politischen Rahmenbedingungen rückläufige Absätze erwartet. Der Gesamtabsatz für Privat-, Gewerbe- und Geschäftskunden im Geschäftsjahr 2024 wird mit rund 2.914 GWh (2023: 3.685 GWh) geplant. Das unter Berücksichtigung dieser Entwicklungen stabile Kerngeschäft ist Grundlage für eine nachhaltige Ergebnisentwicklung. Aufgabe der Geschäftsführung KBE und des Aufsichtsrates ist es, diese Entwicklung konstruktiv zu begleiten und dabei den kommunalen Interessen der Daseinsvorsorge Gehör und Berücksichtigung zu verschaffen.

In der kommenden Gesellschafterversammlung am 8. November 2024 wird der Aufsichtsrat der KBE neu gewählt. Dabei gilt es zu beachten, die erfolgreiche Arbeit der KBE zum Wohle ihrer Gesellschafter fortzusetzen.

8. Chancen und Risiken – zukünftige Entwicklung

Die positive Entwicklung der KBE setzt eine positive Entwicklung der enviaM-Gruppe voraus. Aus diesem Grund ist es besonders wichtig, dass die Mitwirkungsrechte der kommunalen Anteilseigner durch den 8. Nachtrag gestärkt worden sind und gelebt werden. Die kommunalen Anteilseigner werden sich, wie in der Vergangenheit praktiziert, einbringen und so zur zukunftsorientierten Entwicklung der enviaM-Gruppe beitragen. Die Konzessionen und damit auch die anstehenden Neuabschlüsse, die Erweiterung des Portfolios zu einem Energiedienstleister mit vielen Produkten, der Ausbau der erneuerbaren Energien, die Öffnung zu Kooperationen z.B. im Bereich Wasserstoff, Wärmelösungen für Kommunen, Ladeinfrastruktur oder Breitbandausbau, dass weitere Fortschreiten der Digitalisierung sind Erfolgsfaktoren, die von den kommunalen Anteilseignern gefordert und unterstützt werden. Die Dividende ist die Grundlage für das Wirken der KBE für die kommunalen Anteilseigner als Aktionäre. Die zukunftsfähige Ausrichtung der enviaM-Gruppe ist der Garant, dass die übertragene Aufgabe Stromals Daseinsvorsorge zum Wohle der regionalversorgten Städte und Gemeinden mit hoher Versorgungssicherheit erfüllt werden kann. Aus dem Eigeninteresse heraus muss gemeinsam dafür Sorge getragen werden, dass die Dividendenkontinuität sowie die Werthaltigkeit der Beteiligung feste Bestandteile in der Zukunft bleiben. Die Mitwirkung in den Aufsichtsräten, bei Strategiegesprächen und in den sonstigen Gremien ist wichtig, um die Zukunft der enviaM-Gruppe und damit auch die eigene Zukunft mitgestalten zu können.

Für die KBE und KBM ist es wichtig, dass das Regionalwerk enviaM, das von 650 regionalversorgten Städten und Gemeinden getragen wird, in seiner Größe, in seinem Gewicht und seiner Selbstständigkeit erhalten bleibt. Strom und Gas ist Daseinsvorsorge, ist Versorgungssicherheit. Die Konzessionen bilden die Basis.

Um die Chancen zu mehren und die Risiken zu mindern, unterstützen die kommunalen Anteilseigner den Vorstand in seiner Arbeit. Die KBE ist eine Solidargemeinschaft von Städten und Gemeinden, die in vielfältiger Weise die regionalversorgten Städte und Gemeinden in ihren Belangen unterstützt. Die KBE ist gleichermaßen Dienstleister und Interessensvertreter ihrer Gesellschafterkommunen und der Treugeber.

Der Lagebericht enthält in die Zukunft gerichtete Aussagen zur Entwicklung von KBE. Diese Aussagen sind ausschließlich Erwartungen, die auf heutigen Annahmen und Einschätzungen beruhen. Auch wenn der Geschäftsführer davon überzeugt ist, dass die getroffenen Annahmen und Planungen zutreffend sind, können die tatsächliche Entwicklung und die tatsächlichen Ergebnisse in der Zukunft aufgrund der Vielzahl von internen und externen Faktoren hiervon abweichen.

Teil C – Zweckverbände

C 1. Darstellung der Finanzbeziehungen zwischen der Stadt Kirchberg und den Zweckverbänden 2024

Name des Zweckverbandes	Stammeinlage / Anteil am Haftungskapital (HK) Eigenkapital (EK)			Verlustabdeckungen und sonstige Umlagen aus dem Haushalt der Stadt	Gewinnabführung an den Haushalt der Stadt	Bürgschaften/ sonstige Gewährleistungen der Stadt	Sonstige gewährte Vergünstigungen
	Gesamt in TEUR	Anteil d. Stadt in TEUR	Anteil in %	2024 in TEUR	2024 in TEUR	2024 in TEUR	2024 in TEUR
Ver- und Entsorgung							
Regionaler Zweckverband Wasser/Abwasser Zwickau/Werdau	139.443 (EK)	4.477,9	3,21	136,8 (Betriebskostenumlage Straßenentwässerung)		278,3 (Kredit-Bürgschaft)	11,6 (Bürgschaftsentgelt)
Zweckverband Gasversorgung in Südsachsen	319.152 (EK)	4.609,5	1,44		220,4		0,6 (Kommunalrabatt)
sonstiges							
KISA Zweckverband Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen	5.368 (EK)	30,7	0,572				

C 2. Lageberichte der einzelnen Zweckverbände

C 2.1 Lagebericht des Regional- Wasser/Abwasser- Zweckverbandes Zwickau-Werdau

Lagebericht

Die wirtschaftliche Lage des Zweckverbandes und seiner Beteiligungen ist derzeit von mehreren wichtigen Faktoren geprägt. In den letzten Jahren haben sich die Kostenentwicklung und die Rahmenbedingungen deutlich verändert. Insbesondere steigen die Ausgaben für Investitionen in die Infrastruktur kontinuierlich an, was vor allem auf die Erhöhung der Umweltstandards zurückzuführen ist. Um den Schutz von Gewässern und die Einhaltung strengerer Umweltauflagen zu gewährleisten, sind umfangreiche Modernisierungen und Sanierungen notwendig, die mit erheblichen Kosten verbunden sind. Diese Maßnahmen haben einen nennenswerten Einfluss auf die Betriebskosten.

Ein weiterer bedeutender Faktor ist die Entwicklung der Zinsen. Nach einer langen Niedrigzinsphase steigen die Zinsen für die Beschaffung von Fremdkapital an. Das wirkt sich direkt auf die Finanzierung der notwendigen Investitionen aus. Die Preisgestaltung erfolgt vorerst weiterhin auf einer jährlichen Basis. Dadurch besteht die Möglichkeit, flexibel auf wirtschaftliche Entwicklungen zu reagieren. Mit dem Beschluss Nr. 18/23 vom 15. September 2023 wurde die Grundlage für die Preisgestaltung im Jahr 2024 geschaffen. Die Neukalkulation, die alle Sparten umfasst, führte zu einer moderaten Erhöhung der Entgelte im Bereich Trinkwasser und Niederschlagswasser.

Im Jahr 2024 wurde weiter an der Einführung des Dokumentenmanagementsystem d.3 gearbeitet und erste Schnittstellen wurden konfiguriert. Nachgelagert werden bestehende Fachverfahren angeschlossen bzw. neu etabliert. Zur Prozessoptimierung im Bereich Vollstreckung wurde dazu die Software avviso angeschafft. Das Ziel dabei ist eine rechtssichere, effektive und standardisierte Vollstreckungsbearbeitung und einer Verringerung der Forderungsausfälle.

Lagebericht über den Geschäftsverlauf und die Lage aller Unternehmen im RZV

Bei allen Unternehmen wurde das Geschäftsjahr 2024 in vielen Belangen durch die Auswirkungen des Ukraine-Krieges und den Unsicherheiten auf den Welthandelsmärkten und dem damit verbundenen enormen Preisanstieg bei den Energie- und Beschaffungskosten sowie der gestiegenen Inflation bestimmt und beeinflusst. Die Unternehmen gehören der kritischen Infrastruktur an und stehen somit vor erhöhten Anforderungen zur Gewährleistung der Versorgungssicherheit. Dies gilt insbesondere beim Schutz vor möglichen Cyber-Angriffen.

Als Vorortver- und -entsorger spielte die Wasserwerke Zwickau GmbH auch im Jahr 2024 wieder die wesentlichste Rolle im Verbund. Der Anspruch der Gesellschaft ist es, die Trinkwasserversorgung in hoher Qualität und die umweltgerechte Abwasserentsorgung für rund 200.000 Menschen in der Region zu sichern.

Im Berichtsjahr wurden in den Geschäftsbereichen Trink- und Abwasser Umsatzerlöse in Höhe von TEUR 61.998 (Vj.: TEUR 57.532) und ein Jahresüberschuss in Höhe von TEUR 2.320 (Vj.: TEUR 2.521) erzielt.

Aus Sicht des RZV Zwickau/Werdau besteht das Problem der Rohrbrüche mit einhergehenden Wasserverlusten weiterhin. Die Wasserverluste liegen derzeit bei 0,08 m³/h*km und sind gegenüber dem Vorjahr um ca. 98 Tm³ gestiegen. Es ereigneten sich insgesamt 289 Rohrbrüche mit Wasserverlust. Dies bedeutet eine Abnahme um 35 Stück gegenüber dem Vorjahr. Die Schadensrate liegt bei 0,14 Schäden/km (Vj.: 0,16 Schäden/km).

Im Jahr 2024 wurden im Bereich Trinkwasser ca. 13 km Rohrleitungen einschließlich Hausanschlüssen, durch den technischen Bereich erneuert bzw. neu verlegt. Das sind in etwa 2 km mehr als im Vorjahr.

Im Bereich Abwasser wurden ca. 5,4 km Kanäle einschließlich Hausanschlüsse durch den technischen Bereich erneuert bzw. neu verlegt

Nach eigener Einschätzung steht die Wasserwerke Zwickau GmbH als regionaler Wasserversorger für eine bezahlbare und sichere Bereitstellung von Trinkwasser und die umweltgerechte Entsorgung des Abwassers. Dafür werden in den Analysen und Planungen weiterhin allgemeine ökonomische Risiken wie Inflation oder Energieprobleme einfließen, jedoch müssen auch verstärkt die regionalen Auswirkungen des Klimawandels berücksichtigt werden

Der Zweckverband Fernwasser Südsachsen (Verband FWS) versorgte seine Mitglieder auch im Jahr 2024 bedarfsgerecht mit Trink- und Rohwasser.

Das Jahr 2024 war in Deutschland nach den Daten des Deutschen Wetterdienstes wie auch 2023 wieder das wärmste seit Beginn der Wetteraufzeichnungen 1881. Ein milder Winter sowie ein warmes Frühjahr und ein ungewöhnlich warmer Herbst brachten zugleich hohe Niederschlagsmengen. Damit war 2024 ein vergleichsweise nasses Jahr.

Die durchschnittliche Auslastung der Bezugsrechte für Trinkwasser betrug 94,6 %. Sie lag bei den einzelnen Verbandsmitgliedern zwischen 92,0 % und 98,0 %.

Ein Risiko sieht der Zweckverband Fernwasser Südsachsen in der aktuellen allgemeinen Preisentwicklung, Verfügbarkeit von Materialien sowie Zuverlässigkeit von Dienstleistungen. Insbesondere bei den Baumaßnahmen wirken sich die Preissteigerungen sowie zeitliche Verzögerungen aus. Ein höherer Finanzbedarf gegenüber der mittelfristigen Finanzplanung wirkt sich über höhere Abschreibungsbeträge auf die künftige Entwicklung der Umlagen aus.

Die Südsachsen Wasser GmbH als technischer und kaufmännischer Betriebsführer des personallosen Zweckverbandes Fernwasser Südsachsen gewährleistete auch 2024 den sicheren, nachhaltigen und wirtschaftlichen Betrieb aller Anlagen.

Die Hauptaufgabe der Südsachsen Wasser GmbH ist die Betriebsführungsleistung für den Zweckverband Fernwasser Südsachsen. Sie umfasst die Bedienung und Wartung aller wasserwirtschaftlichen und sonstigen Anlagen, die Steuerung und Überwachung aller Aufbereitungs- und Verteilungsprozesse, die Güteüberwachung des Roh- und Trinkwassers, die Betreuung von Investitions- und Instandhaltungsmaßnahmen, den Betrieb des Kommunikationsnetzes, die Gewährleistung aller kaufmännischen und Verwaltungsprozesse sowie den Aufbau und die Aufrechterhaltung von Managementsystemen. Nach Einschätzung der Südsachsen Wasser GmbH wurde sie dieser Aufgabe jederzeit gerecht

Der zunehmenden Gefährdung durch Cyberangriffe, auch aufgrund des Krieges in der Ukraine, wird begegnet, indem das Informationssicherheitsmanagementsystem nach DIN EN ISO 27001 für alle Anlagen und Prozesse der Südsachsen Wasser GmbH konsequent umgesetzt wird. Neben den technischen Voraussetzungen zur Abwehr von Cyberattacken ist das richtige Verhalten der Mitarbeiter der Südsachsen Wasser GmbH von wachsender Bedeutung. Aus diesem Grund wurde 2024 ein professionelles Dienstleistungsprogramm zur Schulung der Mitarbeiter hinsichtlich IT-Sicherheit beauftragt.

Von Seiten der Gesellschaft werden keine allgemeinen Risiken der künftigen Entwicklung sowie wesentliche spezielle Geschäftsrisiken, die den Fortbestand des Unternehmens gefährden, gesehen.

Statt der geplanten 50 Auszubildenden in Komplettausbildung starteten 47 die Erstausbildung im Ausbildungsverbund. Im Modulbereich wurde mit sechs Auszubildenden begonnen. Über das Ausbildungsjahr hinweg konnte ein weiterer Auszubildender in Modulen ausgebildet werden.

Im Ausbildungsjahr 2023/2024 absolvierten insgesamt 163 Auszubildende (145 Komplettausbildungen sowie 18 Auszubildende in Modulen) ihre Berufsausbildung.

32 Auszubildende beendeten nach erfolgreich bestandenen Prüfungen ihre Ausbildung als Anlagenmechaniker, Elektroniker für Betriebstechnik, Fachkraft für Abwassertechnik, Fachkraft für Wasserversorgungstechnik sowie Fachkraft für Kreislauf- und Abfallwirtschaft.

Dabei konnte die AVS gGmbH erneut Sachsens besten Auszubildenden im Bereich der umwelttechnischen Berufe ehren.

Mit der Einführung der novellierten Klärschlammverordnung (AbfKlärV) vom 03. Oktober 2017 wurden die Grenzwerte für den zu entsorgenden Klärschlamm der Abwasserentsorger verschärft bzw. neu eingeführt. Dies führte dazu, dass viele Klärschlammerzeuger ihre bisher zum Teil landwirtschaftlich verwertbaren Klärschlämme einer Mitverbrennung zuführen müssen.

Vier Aufgabenträger der Region gründeten am 28. Februar 2020 die Klärschlammmanagement Westsachsen GmbH mit Sitz in Zwickau. Deren Hauptaufgabe ist die Vorbereitung, der Bau und die Betriebsführung einer Klärschlammmonoverbrennungsanlage mit einer möglichen Phosphorrückgewinnung, einschließlich Energie- und Wärmegewinnung.

Die Gesellschaft ist derzeit in der Projekterarbeitung tätig.

C 2.2 Lagebericht des Zweckverbandes Kommunale Informationstechnik Sachsen (KISA)

I. Grundlagen des Unternehmens

1. Geschäftsmodell des Unternehmens

Der Zweckverband Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen (KISA) ist ein Zweckverband mit Sitz in Leipzig. KISA ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts und arbeitet auf der Grundlage des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit.

Mitglieder von KISA sind Städte, Gemeinden, Landkreise, Verwaltungsverbände, Zweckverbände und sonstige Einrichtungen, darunter auch juristische Personen des Privatrechts. In etwa die Hälfte der sächsischen Kommunen sind Verbandsmitglieder. Darüber hinaus hat KISA in jüngerer Vergangenheit Mitglieder aus dem Bundesland Thüringen dazu gewonnen. In der Verbandsversammlung am 25.09.2024 wurde die Neuaufnahme von 21 neuen Verbandsmitgliedern beschlossen. 15 Beitritte wurden mit der Bekanntgabe der zugrundeliegenden Änderung der Verbandssatzung zum 07. Februar 2025 wirksam. Sechs neue Mitglieder müssen zunächst ihre Beschlüsse unter Kenntnis der jüngsten Satzungsänderung nochmals fassen. Ihr Beitritt wird daher erst nachgelagert wirksam.

Die Gesamtzahl der Mitglieder belief sich zum 31.12.2024 auf 276 Mitglieder und steigt im Verlauf des aktuellen Jahres auf 291 Mitglieder an. Der Zweckverband KISA erbringt seine Leistungen im Wesentlichen gegenüber seinen Verbandsmitgliedern. Es können im Rahmen der vorhandenen Kapazitäten in einem beschränkten Maß auch Leistungen an Dritte erbracht werden. Der Verband arbeitet kostendeckend, eine Gewinnerzielungsabsicht besteht nicht.

Zum 31.12.2024 waren 176 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt (Jahresdurchschnitt 168).

Gemäß § 58 Abs. 2 SächsKomZG i. V. m. § 17 Abs. 2 der Verbandssatzung finden die für Eigenbetriebe geltenden Vorschriften für die Wirtschaftsführung und das Rechnungswesen des Zweckverbandes unmittelbare Anwendung. Gemäß SächsEigBVO gelten darüber hinaus auch die Vorschriften der Gemeindeordnung sowie die sonstigen für Gemeinden maßgebenden Vorschriften.

Gemäß Abschnitt 4 der SächsEigBVO vom 10.12.2018 sind für den Schluss eines jeden Wirtschaftsjahres ein aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung und Anhang bestehender Jahresabschluss sowie ein Lagebericht aufzustellen. Dabei sind die Vorschriften des HGB sowie der SächsEigBVO zu beachten. Der Wirtschaftsplan und die dazugehörige Haushaltssatzung der KISA für das Wirtschaftsjahr 2024 wurden am 27.09.2023 durch die Verbandsversammlung beschlossen. Die Genehmigung durch die Landesdirektion Sachsen (Rechtsaufsichtsbehörde) wurde am 20.10.2023 erteilt. Die Haushaltssatzung zum Wirtschaftsplan 2024 wurde am 14.12.2023 im Sächsischen Amtsblatt Nr. 50/2023 veröffentlicht.

Der Zweckverband stellt seinen Mitgliedern und Kunden im öffentlichen Sektor integrierte IT-Lösungen zur Verfügung. Das Portfolio bietet ein umfassendes Spektrum sicherer, komfortabler und nachhaltiger Verfahren, Dienstleistungen und Infrastruktur zur Vereinfachung der Verwaltungsaufgaben.

Schwerpunkte darunter sind die Softwareanwendungen u.a. im Einwohner-, Finanz- und Personalwesen sowie das Dokumentenmanagement. Die Möglichkeiten im Finanzwesen hat KISA im Jahr 2020 erweitert und bietet seitdem aufgrund der unterschiedlichen Bedürfnisse der kommunalen Kunden zwei unterschiedliche Produkte (IFR-Sachsen und Infoma) an. Im Infoma sind mittlerweile auch die Module Bauhof und Liegenschafts- und Gebäudeverwaltung nutzbar. Außerdem bietet KISA bei der Nutzung des Dokumentenmanagementsystems VIS als zusätzliche Variante eine rechenzentrumsbasierte Lösung an.

Neben einer zentralen Datenhaltung, -administration und -sicherung steht für KISA die Verfahrensbetreuung im Fokus. Dazu gehört unter anderem ein Hotline-Service, aber auch die Weiterentwicklung der Software. Durch Workshops und Schulungen unterstützt KISA die Mitglieder und Kunden in ihrem Bestreben, stets auf dem neuesten Stand der EDV-Anwendung zu bleiben.

Die Kunden von KISA nutzen die Vorteile eines sicherheitszertifizierten Rechenzentrums, was eine effiziente, sichere und schnelle Bearbeitung der Daten bietet. Dazu bedient sich KISA der Rechenzentren der Lecos GmbH, der GISA GmbH, der Kommunalen Datenverarbeitung Oldenburg (KDO), der Regio IT Gesellschaft für Informationstechnologie mbH sowie des SIDI Rechenzentrums der T-Systems International GmbH.

Neben zahlreichen weiteren Softwarelösungen für den kommunalen Bedarf bietet das Portfolio von KISA auch Beratungsleistungen zu Hard- und Software in Kommunalverwaltungen und Schulen, zur Digitalisierung der Verwaltungsleistungen, zur Informationssicherheit, zur Datensicherheit sowie für IT-Infrastruktur an.

Mit den in jüngerer Vergangenheit in den Fachbereichen Antragsmanagement und Schulen in das Portfolio aufgenommenen Leistungen unterstützt KISA die Digitalisierung der Verwaltungsprozesse in den Kommunen und in den sächsischen Schulen. Die Anzahl der entwickelten Online-Antragsassistenten wird stetig erhöht.

2. Forschung und Entwicklung

KISA und SASKIA verbindet eine langjährige Partnerschaft, in welcher die Softwareanwendung IFRSachsen.Ki-Sa den Kundenbedürfnissen entsprechend weiterentwickelt wurde. Mit der Neugestaltung der Verträge zur SASKIA-Finanzsoftware H2R wurde mit Wirkung ab 01.02.2025 erneut ein Partnervertrag abgeschlossen, jedoch entfällt für KISA die Verpflichtung, dafür eigenes Personal einzubringen.

Die Zusammenarbeit mit der Komm24 GmbH im Rahmen der Umsetzung des Gesetzes zur Verbesserung des Onlinezugangs zu Verwaltungsleistungen (Onlinezugangsgesetz - OZG) wird fortgesetzt. Aktuell erfolgt jedoch die Neu- und Weiterentwicklung von Onlineanträgen über Amt24 nur dann, wenn keine adäquaten EfA- (Einer für Alle) Angebote verfügbar sind.

Darüber hinaus konnte im Jahr 2024 das Entwicklungsprojekt „Digitalisierung Rollout OnlineAnträge (OAA)“ abgeschlossen werden. Für Kunden, die einen Online-Antrag über den Webshop bestellen, verkürzt sich die Durchlaufzeit der Auftragsbearbeitung. Notwendige Konfigurationsinformationen werden über ein Webportal abgefragt und im Anschluss teilautomatisiert verarbeitet.

Im Jahr 2024 konnten die Entwicklungen für erste neue Produkt-Lösungsfamilien abgeschlossen bzw. vorangetrieben werden. Diese Produkte sind eine Sammlung von notwendigen Schnittstellen,

um das VIS, das Fachverfahren und den OAA von Amt-24 miteinander zu verbinden und Bürgeranträge von einem in das andere System zu übergeben.

Fortgesetzt berät und betreut KISA Kommunen bei der Digitalisierung vor Ort. Das Team Digitale Kommune analysiert, ordnet und bewertet die Digitalisierungsvorhaben der Kommune in einer ganzheitlichen, langfristigen Beratung zunächst inhaltlich, qualitativ und zeitlich. Ableitend erarbeitet KISA ein technologisches Lösungsangebot und setzt es zusammen mit der Kommune um. Top-Themen sind der Ausbau der IT-Infrastruktur, die Umsetzung von OZG-Leistungen, Einführung von Dokumentenmanagementsystemen und die Umsetzung von gesetzlichen Änderungen.

II. Wirtschaftsbericht

1. Gesamtwirtschaftliche branchenbezogene Rahmenbedingungen

Im Jahr 2024 sind äußere Faktoren wie die Inflationsrate oder die Auswirkung von geopolitischen Vorkommnissen in den Hintergrund getreten.

KISA trug in diesem Jahr fortgesetzt im Netzwerk mit der Komm24 GmbH, der Lecos GmbH, dem Eigenbetrieb Dresden (eBit), der IuK-Abteilung der Stadt Chemnitz sowie der Sächsischen Anstalt für Kommunale Datenverarbeitung (SAKD) zur Verwaltungsdigitalisierung bei. Die Sächsische Staatskanzlei übernimmt bis 31.12.2025 für alle Kommunen in Sachsen die Finanzierung für die Einrichtung, Wartung und Pflege von Onlineantragsassistenten.

Im Rahmen der Digitalisierung in Schulen war in 2024 ein deutlicher Nachfrageanstieg nach digitalen Tafeln zu verzeichnen. Mit der Einigung zum Digitalpakt 2.0 sind außerdem in unmittelbarer Zukunft auch wieder Fördermaßnahmen zu erwarten.

Nach wie vor ist die passgenaue Akquise verfügbarer Fachkräfte eine große Herausforderung. KISA hat deswegen im Rahmen einer Organisationsstrukturveränderung Aufgabenzuschnitte verändert und Spezialisierungen vorgenommen. Über die Entwicklung der Mitarbeiterzahl wird den Gremien regelmäßig Bericht erstattet.

Im Bereich Datenschutz und Informationssicherheit besteht ein steigendes Gefährdungsniveau, auf dessen Abwehr sich KISA auch intern sehr konzentriert. Für die Kommunalverwaltungen ist KISA in diesem Bereich ein starker und seriöser Partner.

2. Geschäftsverlauf

Die Verbesserung der Servicequalität, eine gute Erreichbarkeit und beschleunigte Reaktions- und Lösungszeiten waren für KISA im Jahr 2024 ein herausforderndes Thema. Die angekündigte Anwenderzufriedenheitsbefragung fand planmäßig statt. Zu den Ergebnissen zum Ticketsystem OMNITRACKER, zu den Kontaktaufnahmen über das Contact Center sowie über die Inanspruchnahme des Self-Service-Portals wurde den Gremien ausführlich berichtet. Über den Status der Serviceerbringung (u.a. eingegangene Anrufe und Gesprächszeiten, Erreichbarkeit, Ticketanzahl unter Berücksichtigung der durchschnittlichen Bearbeitungs- und Lösungszeit pro Ticket) wird nun regelmäßig Bericht erstattet.

Die Änderung der Verbandssatzung in der letzten Verbandsversammlung wird eine schnellere Reaktionsgeschwindigkeit unterstützen, insbesondere bei Angeboten und Aufträgen mit größerem Volumen.

Im Jahr 2024 wurde die überörtliche Prüfung durch das Staatliche Rechnungsprüfungsamt abgeschlossen und ergab keine wesentlichen Beanstandungen.

KISA unterstützte die Kunden im Jahr 2024 umfassend bei der Durchführung der EU- und Kommunalwahlen.

Die angekündigte Umstellung der KISA-Kunden auf IFRweb/H2R wurde im Jahr 2024 planmäßig vorbereitet. Leider konnte die Inbetriebnahme bisher noch nicht abgeschlossen werden.

Die Produktlinie VOIS wurde wie beabsichtigt in 2024 um das Verfahren VOIS|GESO erweitert und die Umstellung der Kunden aus dem bisherigen Verfahren GEVE 4 läuft an. VOIS|OWI wird voraussichtlich zu Beginn des Jahres 2026 bereitgestellt.

Nach einjähriger Vorbereitungsphase ist im Jahr 2024 das Projekt eAkte mit der Landeshauptstadt Dresden mit einer vertraglichen Laufzeit bis Juni 2025 gestartet. Ziel des Projektes ist die Ausstattung von ca. 12 Ämtern der Landeshauptstadt Dresden mit dem Programm VIS Smart Client und damit letztlich mit einer reinen digitalen Bearbeitung von Vorgängen. Nach einer Konsolidierung der neuen Wünsche und Anforderungen der bereits produktiven Ämter sollen anschließend in einem neuen Auftrag alle weiteren Ämter umgestellt werden. Für dieses Folgeprojekt wird von der Landeshauptstadt Dresden ebenfalls die Unterstützung durch die KISA angestrebt. Zeitpunkt und Auftragsumfang sind jedoch abhängig von der Verfügbarkeit der benötigten Haushaltsmittel in der Landeshauptstadt Dresden.

3. Vermögens-, Finanz- und Ertragslage: Darstellung, Analyse, Beurteilung

a) Ertragslage

Umsätze der einzelnen Betriebszweige

Im Vergleich zum Vorjahr konnte der Umsatz in 2024 deutlich gesteigert werden, er liegt 7 Mio. € über dem Vorjahresniveau. Damit wurde der Planansatz um knapp 1 Mio. € verfehlt. Die Materialverkäufe, welche im vergangenen Jahr deutlich gesunken waren, konnten wieder erhöht werden (3,5 Mio. €) und liegen sogar ca. 850 T € über dem Planansatz. Die laufenden und einmaligen Umsätze inkl. Umsätze aus Beratungen und Schulungen liegen zwar knapp 2,7 Mio. € unter dem Planansatz, aber dennoch ca. 3 Mio. € über dem Vorjahr.

Der Umsatzanstieg außerhalb der Materialverkäufe ist überwiegend durch Einmaleffekte geprägt, insbesondere durch die Wahlen (1,3 Mio. €) und durch die Umstellungsarbeiten im Finanzverfahren vom IFR.Sachsen.Ki-Sa auf H2R (351 T€). Die Umsätze bei der Betreuung und weiteren Einführungen des Dokumentenmanagementsystems VIS konnten wiederholt erhöht werden (359 T€). Außerdem stiegen die Umsätze im Personalwesen (271 T€). Die Umsatzentwicklung im Verfahren Personenstandswesen (84 T€) war ebenfalls positiv und kommt der mit dem Wirtschaftsplan 2024 sehr ehrgeizig geplanten Umsatzerhöhungen nahe. Auch in der Schulbetreuung (241 T€) sowie im Einwohnermeldewesen (179 T€) konnte ein ansprechender Anteil des geplanten Umsatzzuwachses erreicht werden. Durch die beiden größeren Vertragsabschlüsse im Bereich der Infrastrukturbetreuung (Umsatzanstieg von 238 T€) wurde das dort gesetzte Vertriebsziel übertroffen.

Im Jahr 2024 wurde die Migrationen vom Kommunalmaster-Veranlagung in die IFR-Veranlagung abgeschlossen. Daher kam es in diesem Projekt zu einem erwarteten Umsatzrückgang (461 T€).

Durch den Verfahrenswechsel kam es beim Kommunalmaster-Veranlagung zu einem geplanten nochmaligen Umsatzrückgang um ca. 267 T€.

Nach dem Umsatzanstieg beim Antragsmanagement im Jahr 2023 ging der Umsatz in 2024 etwas zurück (207 T€). Bei den Verfahren Wohngeld, Infoma und Informationssicherheit/Datenschutz konnten die Vertriebsziele für das Jahr 2024 nur in einem geringen Maße umgesetzt werden.

Die Erhöhung in den sonstigen betrieblichen Erträgen im Vergleich zum Vorjahr ist hauptsächlich darin begründet, dass Rückstellungen u.a. für Rechtsstreitigkeiten und Drohverluste aufgelöst werden konnten (461 T€) und dass periodenfremde Nachberechnungen auf Vorjahre erfolgt sind. Fortführend enthalten ist die anteilige Auflösung eines im Dezember 2021 gebildeten Sonderpostens sowie diverse periodenfremde Erträge.

Der Materialaufwand für Technikverkäufe stieg in 2024 korrespondierend zum Umsatz und liegt knapp 3,2 Mio. € über dem Vorjahreswert und rund 0,5 Mio. € über dem Planansatz. Die Aufwände für Rechenzentrumsleistungen, Wartung & Pflege von Software und eingekaufte Fremdleistungen erhöhen sich im Vergleich zum Vorjahr korrespondierend zum Umsatzanstieg in 2024 um knapp 1,4 Mio. € und werden nahezu vollständig durch die einmalig eingekauften Fremdleistungen für die Wahlen i.H.v. 1,08 Mio. € verursacht. Sie liegen ca. 640 T€ unter dem Planansatz.

Im Vergleich zum Vorjahr wurde der Personalbestand in 2024 weiter ausgebaut, um dem gestiegenen Auftragsvolumen gerecht werden zu können. Personalzugänge sind dabei in allen Bereichen zu verzeichnen. Personalabgänge sind in Kündigungen durch den Arbeitnehmer, im Auslaufen von befristeten Verträgen und in der Nichtübernahme nach Beendigung der Probezeit begründet.

Die Personalaufwandsquote liegt im Berichtsjahr auf dem Niveau des Vorjahres (39%). Neben dem Ausbau des Personalbestandes führt, trotz wieder angestiegener Materialverkäufe, die im Tarifvertrag für den Öffentlichen Dienst für das Jahr 2024 normierte Tarifsteigerung zu dieser Entwicklung.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen liegen auf dem Niveau des Vorjahres (-39 T€). Dabei wurden die Beratungskosten wieder deutlich verringert (-290 T€), welche im Vorjahr im Zusammenhang mit den Veränderungen an der Organisationsstruktur von KISA sowie bezüglich der Zusammenarbeit zwischen KISA und Lecos GmbH deutlich gestiegen waren. Angestiegen sind die Aufwendungen aufgrund einer Zuführung zur Rücklage insbesondere für Gewährleistungen im Rahmen der Umstellung des Finanzverfahrens IFRSachen.Ki-Sa auf H2R (279 T€) und aufgrund der Anmietung von Dienstfahrzeugen für die Privatnutzung gemäß der Dienstwagenordnung (94 T€).

Insgesamt ist das Jahresergebnis 2024 höher als im Planungszeitraum erwartet. Es liegt im positiven Bereich, obwohl eine Unterdeckung eingeplant war. Dies ist auch das Ergebnis eines unterjährig sehr bedachten und sparsamen Vorgehens bei den Aufwendungen für den eigenen Bedarf. Der Hauptgrund für das gute Ergebnis sind jedoch eingesparte Personalaufwendungen aufgrund unbesetzter Stellen, was wiederum dazu führt, dass die Umsätze, aber auch der dazu korrespondierende Materialeinsatz unter dem Plan liegen.

b) Finanzlage

Investitionen 2024

In der Infrastrukturbetreuung kam es aus verschiedenen Gründen zu zeitlichen Verschiebungen. Teilweise wurden Investitionen nach der Planung für das Jahr 2024 vorgezogen in das Jahr 2023, bei anderen Kunden wurden Investitionen auf Kundenwunsch oder aus anderen Gründen nach 2025 verschoben und die investiven Mittel hierfür nach 2025 übertragen. Es konnte ein Neukunde gewonnen und die Weitergabe von Multifunktionsgeräten ausgebaut werden. Dafür wurden investive Mittel für andere ursprünglich geplante Projekte umgewidmet, z.B. Mittel für Maßnahmen in der Infrastrukturbetreuung in Schulen.

Die investiven Mittel für den internen Bedarf wurden zurückhaltend eingesetzt, insbesondere die Mittel für die Geschäftsstellen und für die eigene Technikausstattung. Auch einige der geplanten neuen Projekte sind noch nicht zur Umsetzung gekommen. Insgesamt konnten aber auch einige investive Mittel eingespart werden.

Im Verlaufe des Jahres war wiederholt ersichtlich, dass nicht alle geplanten Investitionen zur Umsetzung kommen und sich damit ähnlich wie im Vorjahr ein Verzug bei den investiven Tätigkeiten fortsetzt. Daher wurde mit einem Investitionskredit von 1 Mio. € nicht der maximal mögliche Betrag der Kreditermächtigungen aufgenommen.

Kapitalstruktur

Die wirtschaftliche Eigenkapitalquote (Eigenkapital inkl. Sonderposten abzüglich Steueranteil) beträgt zum 31.12.2024 32 % (Vorjahr: 34 %) und die Fremdkapitalquote 68 % (Vorjahr: 66 %). Das wirtschaftliche Eigenkapital hat sich aufgrund des im Geschäftsjahr erwirtschafteten Jahresüberschusses um 136 T€ erhöht.

Die Rückstellungen wurden in 2024 im Vergleich zum Vorjahr etwas erhöht. Der Tarifabschluss für den Öffentlichen Dienst im Jahr 2024 wirkt auch auf die Pensionsrückstellung und verursacht eine Zuführung von fast 301 T€. Ergänzend begründet eine größere Rückstellung für Umsatzsteuer- und Gewerbesteuernachzahlungen für den aktuellen Betriebsprüfungszeitraum (92 T€) den Anstieg. Die kurzfristigen Verbindlichkeiten sind gegenüber dem Vorjahr wieder angestiegen (566 T€) und resultieren überwiegend aus Lieferungen und Leistung.

2024 wurde ein neuer Investitionskredit in Höhe von 1 Mio. € aufgenommen. Die Beschlussfassung zur Aufnahme erfolgte durch die Verbandsversammlung am 25.09.2024. Tilgungen sind planmäßig i.H.v. 1.063 T€ erfolgt.

Die Liquidität ist im Geschäftsjahr im Vergleich zum Vorjahr etwas gesunken. Die Zahlungsfähigkeit war zu jedem Zeitpunkt gewährleistet.

c) Vermögenslage

Das Anlagevermögen erfuhr im Jahr 2024 einen leichten Rückgang (-105 T€). Die Abschreibungen beliefen sich auf 1.256 T€. Die Anlagenintensität liegt bei 18 % (Vorjahr bei 20 %).

Das Umlaufvermögen hat sich gegenüber dem Vorjahr deutlich um 1.310 T€ erhöht. Dabei erhöhte sich vor allem der Forderungsbestand und die liquiden Mittel sind etwas gesunken. Die auffallend hohen Forderungen aus Lieferungen und Leistungen resultieren in einem besonders hohen Maß

aus Abrechnungen für Produktverkauf und Infrastrukturbetreuung und konnten nach dem Jahreswechsel wieder abgebaut werden. Die Forderungen gegenüber den Verbandsmitgliedern von KISA beliefen sich zum 31.12.2024 auf 5.834 T€ (Vorjahr 3.708 T€). Die Bilanzsumme ist gegenüber dem Vorjahr um 1.170 T€ gestiegen.

4. Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Ein wesentlicher Leistungsindikator nichtfinanzieller Art ist gut ausgebildetes und motiviertes Personal. Attraktive Arbeitsbedingungen und Entwicklungsperspektiven spielen dabei eine wichtige Rolle und bilden eine gute Grundlage, den vielfältigen Herausforderungen des demografischen Wandels erfolgreich zu begegnen. Um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu fördern bietet KISA neben einer umfassenden Rahmenarbeitszeit auch die Möglichkeit zur mobilen Telearbeit an. Zudem werden jährlich erhebliche Summen innerhalb der Wirtschaftsplanung für die Fort- und Weiterbildung der Mitarbeiter bereitgestellt. Die Zahl der Mitarbeiter der KISA hat sich im Wirtschaftsjahr um 8 erhöht. Zum Bilanzstichtag waren 176 Mitarbeiter beschäftigt. Das sind 5 % mehr als im Vorjahr. Aufgrund des starken Wachstums in den zurückliegenden Wirtschaftsjahren hat sich KISA für die Jahre 2024/2025 zunächst für ein zurückhaltendes weiteres Wachstum entschieden.

Zur Transparenz hinsichtlich der Verbesserung der Servicequalität von KISA wurde in 2024 der Aufbau eines Berichtswesens begonnen. Die angestrebten Normen zu Kennzahlen wie Anrufabbrüchen, Erreichbarkeit oder Ticketlaufzeiten werden noch definiert. Zur Entwicklung wird in den Gremien regelmäßig berichtet.

Im Jahr 2024 wurden Angebote in einem Wert von knapp 17,5 Mio. € unterbreitet. Die Auftrags-eingangquote lag bei knapp 80 %. Die Auswirkungen von den im Jahr 2024 verzeichneten Kündigungen belaufen sich auf jährlich etwas über 300 T€.

Jährlich überprüft der Zweckverband seine wirtschaftliche Leistungsfähigkeit zur Rückzahlung von Umlagen. Mit den vom Verwaltungsrat bestimmten Kriterien (BV VR 2023/027) bewertet er Kennzahlen der GuV, Bilanz und Liquidität. Darüber hinaus werden die Rentabilitätskennzahlen Umsatz und Eigenkapitalrendite resümiert.

Die Umsatzrendite beläuft sich im Geschäftsjahr auf 0,8 %; Vorjahr 0,9 %. Die Eigenkapitalrendite beläuft sich im Jahr 2024 auf 4,9 %; Vorjahr 4,9 %.

5. Gesamtaussage

Zum Jahresende 2024 entstand ein positives Ergebnis von 264 T€ (Vorjahr 251 T€), was deutlich über der Prognose lag. Es wurde wie geplant keine Umlage erhoben.

Begünstigt wurde dieses Ergebnis durch einen im Vergleich zum Vorjahr deutlich gestiegenen Umsatz (+ 7 Mio. €) sowohl bei den Materialverkäufen als auch bei den laufenden und einmaligen Umsätzen inkl. der Umsätze aus Beratungen und Schulungen. Es liegen dieser Tendenz jedoch überwiegend Einmaleffekte zugrunde.

Ursachen für das positive Ergebnis im Vergleich zum Planansatz waren insbesondere:

- geringere Personalaufwendungen aufgrund nicht besetzter Stellen
- periodenfremde Erträge
- Auflösung von Rückstellungen
- Ausnutzung aller vertretbaren Einsparmöglichkeiten

KISA kalkuliert die Preise kostendeckend bzw. passt die Produkt- und Dienstleistungspreise bei Preissteigerungen der Lieferanten und Hersteller kontinuierlich an. Im Jahr 2024 erfolgte ausnahmsweise eine flächendeckende deutliche Steigerung der Preise von KISA aufgrund des Tarifabschlusses im Öffentlichen Dienst sowie aufgrund der für 2024 anhaltend hoch prognostizierte Inflationsrate.

III. Prognosebericht

In der Zukunft soll die Ertragskraft von KISA weiterhin stabil gehalten werden, um eine nachhaltige Geschäftsentwicklung beizubehalten.

Folgende konkrete inhaltliche Maßnahmen zur weiteren Stabilisierung der Ertragslage werden ab dem Jahr 2025 u. a. sein:

- Planung und Durchführung von allgemeinen und individuellen Anwenderschulungen sowie Fachveranstaltungen wie kostenfreien Kunden- und Regionalforen oder Anwendertagen zur Präsentation von neuen Produkten bzw. von Weiterentwicklungen innerhalb der Bestandsprodukte
- Optimierungen am Service Desk und Servicemanagement Tool
- weiterer Ausbau der Leistungen im Antragsmanagement in Verbindung mit den bestehenden Fachverfahren, dabei insbesondere fachliche Entwicklung zu noch mehr Automatisierung und damit zu einem erhöhten Komfort für die Anwender
- Nutzung und Ausbau der in VOIS.online integrierten Online-Antragsassistenten für den Einwohnermeldebereich
- Ausweitung der Nutzung der Produktlinie VOIS
- Ausstattung und Beratung von Schulen, Remote-Betreuung und Service-Management
- Ausbau und Fortführung der Beratungsleistungen für IT-Sicherheit und Datenschutz
- Aufbau der Beratungsleistung Unterstützung im Notfall-Management für die Kunden
- Umstellung des Finanzverfahrens IFR auf eine webbasierte Version
- weitere Etablierung des Service Digitale Kommune und eine enge Zusammenarbeit mit allen kommunalen Ebenen zur Umsetzung der erkennbaren Potentiale zur weiteren Digitalisierung
- Etablierung eines Geschäftsbereiches für Technologie und Digitalisierung, in welchem die Produkte hinsichtlich ihres Umfangs und ihre Wertschöpfung regelmäßig evaluiert werden
- Ausbau der strategischen Zusammenarbeit mit unseren Partnern
- Ausbau der Zusammenarbeit mit der ProVitako e.G.
- Prüfung des Aufbaus einer zentralen Stelle für Bedarfs-, Beschaffungs- und Vergabemanagement für die Mitglieder des Zweckverbands sowie die weiteren Kommunen in Sachsen

Für das Jahr 2025 wurde die Haushaltssatzung mit Wirtschaftsplan mit Bescheid vom 21.10.2024 durch die Landesdirektion Sachsen genehmigt. Die Haushaltssatzung sieht einen Jahresfehlbetrag von 747 T€, eine entsprechende Entnahme aus der Gewinnrücklage zur Deckung des Jahresfehlbetrages, keine Erhebung von Umlagen, keine Aufnahme von Kassenkrediten und einen Gesamtbetrag der Kreditaufnahmen für Investitionen in Höhe von 1.831 T€ vor. Der Endbestand der liquiden Mittel zum 31.12.2025 wurde mit 6.046 T€ prognostiziert. Der Zweckverband ist ganzjährig mit ausreichend Liquidität ausgestattet.

Die Umsätze 2025 werden sich im Vergleich zum Vorjahr plangemäß um ca. 5 Mio. € verringern. Die Hauptursache für diesen massiven Umsatzrückgang sind die zum Zeitpunkt der Planerstellung erwarteten sinkenden Materialverkäufe durch das Auslaufen des Digitalpaktes Schulen. Zum damaligen Zeitpunkt war über eine Neuauflage von entsprechenden Förderprogrammen nichts bekannt.

Der in der Zwischenzeit erneuerte politische Wille zum Fortsetzen des Digitalpaktes erhöht die Umsatzerwartungen nun wieder. Weitere spürbare Umsatzrückgänge im Vergleich zum Vorjahr werden im Antragsmanagement und aufgrund des Einmaleffektes der Wahlen erwartet. Umsatzsteigerungen sind aufgrund des Rückstaus in der Auftragsabarbeitung im Dokumentenmanagementsystem VIS eingeplant. Dies ist allerdings abhängig davon, ob die dafür ausgeschriebenen Personalstellen besetzt werden können.

Die Aufwendungen verringern sich in 2025 korrespondierend zu den geringer veranschlagten Umsätzen bei den Materialverkäufen bzw. bei den umsatzrückläufigen Produkten. Aufgrund einer Anpassung des Stellenplanes an das aktuell niedrige Niveau von erfolgreichen Neubesetzungen wurden Personalkosten in gleichbleibender Höhe zum Vorjahr geplant.

Auf der Grundlage der BWA 04/2025 prognostiziert der Zweckverband ein Jahresergebnis für 2025 leicht unter dem Planwert. Umsatzsteigerungen im Vergleich zum Vorjahr wurden nur mäßig geplant, mit einer Ausnahme: Aufgrund des Rückstaus in der Auftragsabarbeitung und unter der Annahme, dass die dafür ausgeschriebenen Personalstellen besetzt werden, kann der Umsatz in der Betreuung des Dokumentenmanagementsystems VIS in 2025 sehr deutlich ansteigen. Diese Erwartung wird von der aktuellen Prognose bestätigt. Insgesamt wird die betriebliche Leistung als plangemäß eingeschätzt. Im Bereich der sonstigen betrieblichen Aufwendungen agiert der Zweckverband bedacht. Die Geschäftsleitung überprüft monatlich sowohl die Entwicklung der Hochrechnung wie auch die Wirksamkeit der ggf. zur Gegensteuerung eingeleiteten Maßnahmen.

IV. Chancen- und Risikobericht

Für KISA sind bisher die folgenden Chancen und Risiken erfasst.

Chancen hat der Zweckverband in der Zukunft durch:

- eine enge Zusammenarbeit mit allen kommunalen Ebenen zur Bedarfsermittlung und -befriedigung
- ein Produktportfolio sowie umfassende IT-Services, zugeschnitten auf die Bedürfnisse öffentlicher Auftraggeber wie Landkreise sowie mittlere und kleinere Kommunen in Mitteldeutschland
- eine enge Zusammenarbeit mit den Herstellern, die schnelle Umsetzung gesetzlicher Änderungsbedarfe und die Weiterentwicklung der angebotenen Verfahren bzw. von Schnittstellen für eine digitale Datenintegration
- einfache und für Verbandsmitglieder vergabefreie Beschaffung von Software und Technik
- jährliche Prüfung von Preisanpassungen mit Augenmaß und auch unter Berücksichtigung der kommunalen Finanzsituation
- die Etablierung des Online-Zugangs-Gesetztes des Bundes und der Länder, dabei Ausweitung der Digitalisierung von Verwaltungsprozessen und tiefer Integration der Digitalisierung in die Fachverfahren
- Ausbau der Kooperation mit der ProVitako e.G. sowie des Bedarf-, Beschaffungs- und Vergabemanagements für die Kommunen in Mitteldeutschland, dabei Standardisierung von Hard- und Software und Nutzung von günstigen Preisen (Best-Price-Indikatoren)

- Ausbau der Beratungs- und Unterstützungs-Dienstleistungen in der IT-Sicherheit und im Datenschutz
- den Ausbau der Betreuung in Schulen unterstützt durch den zentralen Schulserver zur Steuerung der Endgeräte, welcher darüber hinaus ein Ticketsystem anbietet

Risiken können sich insbesondere ergeben aus:

- zurückhaltende Beauftragung der Kommunen durch die sich verschlechternde finanzielle Ausstattung der Kunden
- sinkende oder auslaufende Landeshaushaltsmittel für die Einrichtung, Wartung und Pflege von Onlineantragsassistenten - sinkende oder auslaufende Bundes- und Landesmittel für die Digitalisierung in Schulen
- einer gewissen Unzufriedenheit der Kunden mit den Leistungen im Kundenservice aufgrund der Anpassung der Prozesse und Supportleistungen an die Standards von ITIL
- nicht möglicher Akquise von qualifiziertem Personal vor dem Hintergrund des weiterhin sehr knappen Fachkräftemarktes und der finanziellen Möglichkeiten im Rahmen des TVÖD

Die Leistungen von KISA verbinden eine umfassende Analyse der Ist-Situation mit Beratung sowie bedarfsgerechter Planung und Realisierung aller anstehenden Themen. Dabei wird sich die Geschäftstätigkeit unverändert im Besonderen auf die Bereitstellung von EDV-Dienstleistungen und Programmen für den kommunalen Bereich in Sachsen konzentrieren. Eine Ausweitung der Geschäftstätigkeit in andere Bereiche, wie z. B. die Eigenentwicklung von Programmen oder der Betrieb eines eigenen Rechenzentrums ist nicht vorgesehen. Dem gegenüber steht selbstverständlich der Ausbau der definierten Wachstumsfelder, zu welchen u. a. das Dokumentenmanagementsystem, das Antragsmanagement, die Beratungen im Zusammenhang mit IT-Sicherheit und Datenschutz sowie die technische Ausstattung in Schulen zählen.

C 2.3 Lagebericht des Zweckverbandes Gasversorgung in Südsachsen

Geschäftsverlauf:

Das ordentliche Ergebnis 2024 betrug 4.538.598,43 EUR und ist damit um 4.529.598,43 EUR besser als ursprünglich (bezogen auf den fortgeschriebenen Ansatz) geplant. Der Überschuss des ordentlichen Ergebnisses wird in die Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses eingestellt.

Das außerordentliche Ergebnis betrug 0,00 EUR.

Das Gesamtergebnis als Summe aus ordentlichem Ergebnis und Sonderergebnis (§ 2 Abs. 1 Nr. 23 SächsKomHVO) betrug 2.136.236,96 EUR und ist damit um 1.111.763,04 EUR schlechter als ursprünglich (bezogen auf den fortgeschriebenen Ansatz) geplant.

Entwicklung der ordentlichen Erträge:

Erträge aus Zinsen von Kreditinstituten

Bedingt durch die positive Zinsentwicklung gab es im Jahr 2024 wieder Zinserträge in Höhe von 23.652,75 €.

Erträge aus Gewinnanteilen

Der wichtigste Ertrag ist die Ausschüttung des Gewinnes des 100%-Tochterunternehmens KVES. Die KVES, die mit 25,5 % an der eins energie in sachsen GmbH & Co.KG beteiligt ist, konnte einen Jahresüberschuss 2023 in Höhe von 15.228.321,13 EUR erzielen. Gemäß Gesellschafterbeschluss wurden 15.200.000,00 EUR an den Zweckverband ausgeschüttet und der Restbetrag in Höhe von 28.321,13 € wurde in die Gewinnrücklage der KVES eingestellt. Die Erträge aus Gewinnanteilen stimmen mit dem Planansatz überein.

Sonstige Erträge

Bei der Fusion der Stadtwerke Chemnitz AG und der Erdgas Südsachsen GmbH zur eins energie in sachsen GmbH & Co. KG wurde zwischen der Stadt Chemnitz und dem Zweckverband ein Konsortialvertrag abgeschlossen. Entsprechend § 7 Abs. 6 dieses Vertrages kehrt die Stadt Chemnitz an den Zweckverband 50 % der Gewerbesteuerermehreinnahmen aus, die aus Darlehen der KVES an die Gesellschaft bzw. der Nichtabzugsfähigkeit der daraus zu zahlenden Zinsen oder dem Guthaben auf dem Kapitalkonto II der KVES nach §§ 5 Abs. 2a, 25 Abs. 6 Buchstabe c) des Gesellschaftsvertrages resultieren. Im Jahr 2024 waren dies 110.064,51 EUR.

Aufgrund der Steigerung des im Jahresabschluss der KVES ausgewiesenen Eigenkapitals von 314.277.477,82 auf 318.793.638,66 wurden für den Zweckverband weitere 4.516.160,84 € an sonstigen Erträgen zugeschrieben.

Entwicklung der ordentlichen Aufwendungen:

Aufwendungen aus der Abschreibung von Finanzanlagevermögen

Die Bewertung der Beteiligung an der KVES erfolgte gemäß § 61 Abs. 6 SächsKomHVO nach der Eigenkapitalspiegelmethode. Entsprechend der FAQ 2.12 werden bei der Anwendung der Eigenkapitalspiegelmethode Wertveränderungen ganz allgemein über die Mehrung/ Minderung des Eigenkapitals des Unternehmens und der daraus resultierenden Zu- bzw. Abschreibung des Wertansatzes in der kommunalen Bilanz berücksichtigt.

In 2024 erfolgten keine Abschreibungen

Transferaufwendungen und Abschreibungen auf Sonderposten für geleistete Investitionsförderungsmaßnahmen

Im Haushaltsplan des Zweckverbandes wurde eine Gewinnausschüttung an die Verbandsmitglieder in Höhe von 15.258.300,00 EUR veranschlagt. Diese Summe wurde am 15. Mai 2024 an die Mitgliedskommunen überwiesen.

sonstige ordentliche Aufwendungen

Unter die sonstigen ordentlichen Aufwendungen fallen unter anderem die Entschädigung der Mitglieder im Verwaltungsrat des Zweckverbandes in Höhe von 7.025,00 EUR.

Unter dem Konto der Geschäftsaufwendungen wurden 5.766,62 EUR (Vorjahr 5.576,60 EUR) verbucht. Dies sind monatliche Kontoführungsgebühren, Entgelte für das elektronische Banking und Porto. Größter Posten hierunter ist jedoch die Prüfung des Jahresabschlusses 2024 in Höhe von 3.965,68 € (welche als Rückstellung erfasst ist).

Auslagen für die Sitzung des Verwaltungsrates wurden unter dem Konto sonstige Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten in Höhe von 2.413,01 EUR verbucht.

Die Haftpflichtversicherung ist wie im Vorjahr in Höhe von 2.499,00 EUR. Der Zweckverband verfügt über kein eigenes Personal. Die Geschäftstätigkeit des Zweckverbandes wurde durch die Mitarbeiter der Stadtverwaltung Brand-Erbisdorf ausgeübt.

Hierzu wurde zwischen dem Zweckverband und der Stadtverwaltung Brand-Erbisdorf ein Geschäftsbesorgungsvertrag abgeschlossen. Insgesamt wurden im Berichtsjahr 35.276,04 EUR aufgewendet.

Entwicklung der außerordentlichen Erträge und Aufwendungen:

Im Jahr 2024 wurden weder außerordentliche Erträge noch Aufwendungen verbucht.

Vermögenslage:

Das Vermögen des Zweckverbandes hat sich zum Bilanzstichtag gegenüber dem Vorjahr um 4.538.598,43 EUR erhöht. Dabei haben die Positionen des Fremdkapitals in Höhe der Rückstellung keinen Einfluss darauf, da sich die Rückstellung vom Betrag nicht geändert hat. Die Erhöhung gründet sich allein auf das positive Jahresergebnis, welches in die Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses eingestellt wurde.

Entwicklung und mögliche Risiken

Das wesentliche Ziel des Zweckverbandes besteht darin, die Belange der Verbandsmitglieder gegenüber der eins energie in sachsen GmbH & Co. KG auf dem Gebiet der Gasversorgung wahrzunehmen und in dieser Weise zu fördern sowie auch die Interessen der Abnehmerschaft zu wahren. Der Zweckverband bedient sich zur Erfüllung seiner Aufgaben der 100-prozentigen Tochter KVES. Der Zweckverband hält über sein Tochterunternehmen KVES zusammen mit der Stadt Chemnitz 51 % der Anteile an der eins energie in sachsen GmbH & Co. KG. Die kommunale Seite stellt die Mehrheit der Aufsichtsratsmitglieder, den Aufsichtsratsvorsitzenden und den stellvertretenden Aufsichtsratsvorsitzenden. Sie hat somit wesentlichen Einfluss auf die Geschäftsführung und Entwicklung der eins energie in sachsen GmbH & Co. KG. Die Zusammenarbeit zwischen der Stadt Chemnitz und dem Zweckverband wurde in einem Konsortialvertrag geregelt.

Risiken für den Zweckverband können sich lediglich aus der Beteiligung an der KVES ergeben.

Im Lagebericht der KVES wird folgendes ausgeführt:

„Das Ergebnis der KVES wird hauptsächlich durch das Ergebnis der eins beeinflusst, die wiederum als Energieversorger und Eigentümer von Energie- und Mediennetzen grundsätzlich stark von den Entwicklungen im Energiemarkt und den regulatorischen Rahmenbedingungen im Energiesektor abhängig ist.

Die gesamtwirtschaftliche Lage im Jahr 2024 stellte sich nach ersten Aussagen des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz weiterhin sehr schwach dar. Die deutsche Wirtschaft wird zunehmend durch strukturelle Faktoren infolge des demografischen Wandels, einer schwierigen Wettbewerbsposition und geoökonomischer Fragmentierung beeinträchtigt.

Zudem belasten konjunkturelle Effekte wie die anhaltend schwache Nachfrage aus dem In- und Ausland die weiterhin restriktiv wirkende Geldpolitik sowie unsichere Aussichten, die wirtschaftliche Entwicklung. Nach ersten vorläufigen Ergebnissen des Statistischen Bundesamtes nahm das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) der deutschen Wirtschaft im Jahr 2024 mit einer Rate von 0,2 % ab. Während das verarbeitende Gewerbe im Trend weiterhin von Produktionsrückgängen gekennzeichnet ist, stellt sich die Lage in den konsumnahen Dienstleistungen etwas besser dar. Zu den wesentlichen Hauptgründen für diese Entwicklung zählt der zunehmende Wettbewerb für die deutsche Exportwirtschaft auf wichtigen Absatzmärkten sowie hohe Energiekosten. Entgegen der Entwicklung in Deutschland werde nach ersten Einschätzungen der ifo Konjunkturprognose der Euroraum sowie die Weltwirtschaft ihre Wirtschaftskraft steigern.

Trotz anhaltender wirtschaftlicher Stagnation entwickelte sich der Arbeitsmarkt vergleichsweise stabil. Im Jahresdurchschnitt 2024 waren 46,1 Millionen Menschen mit Arbeitsort in Deutschland

erwerbstätig. Damit wurde der Vorjahreswert übertroffen und ein neuer Beschäftigungshöchststand erreicht. Der Anstieg der Erwerbstätigkeit verlor aber deutlich an Dynamik und kam Ende 2024 zum Erliegen. Parallel stiegen im Vergleich zum Vorjahr die Arbeitslosenquote, die Kurzarbeit sowie die Unternehmensinsolvenzen an, bei gleichzeitig rückläufiger Arbeitsnachfrage. Nach ersten vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes betrug der Anstieg der Verbraucherpreise im Jahresdurchschnitt 2024 voraussichtlich nur 2,2% und fiel damit deutlich geringer aus als in den drei vorangegangenen Jahren.

Für eins spielen die konjunkturellen Entwicklungen grundsätzlich keine dominierende Rolle für die Absatzentwicklung. Der Einfluss der Witterung für die wärmeabhängigen Medien ist deutlich größer. Die anhaltenden und neu hinzugekommenen geopolitischen Krisen, die aktuelle europäische und deutsche Klima- und Energiepolitik und die damit zusammenhängenden Auswirkungen, insbesondere mit dem Fokus auf die Energiewirtschaft, rücken zunehmend in den Vordergrund.

Das positive Ergebnis (finanzieller Leistungsindikator) der KVES in Höhe von 19.716 TEUR ist im Wesentlichen auf den Beteiligungsertrag aus der eins zurückzuführen. Der Planwert wurde aufgrund des höheren Beteiligungsertrags von eins, welcher auch auf ergebniswirksame Einmaleffekte bei eins mit Folge einer höheren Ausschüttung zurückzuführen ist, übertroffen.

Risiken der zukünftigen Entwicklung, die sich wesentlich auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage auswirken, sind im Wesentlichen eine Verringerung der geplanten Beteiligungserträge aus der eins sowie der Werthaltigkeit dieser Beteiligung. Die Geschäftsführung schätzt diese Risiken derzeit als gering ein.

Abhängig vom Geschäftsverlauf bei eins rechnet die Geschäftsführung für 2025 mit einem Jahresergebnis, welches ca. 20 % unter dem des Berichtsjahres liegen wird.“

Teil D – Anlagen/ Beteiligungsberichte der Unternehmen und Zweckverbände

Anlage 1: Beteiligungsbericht der Kommunalen Beteiligungsgesellschaft mbH an der envia (KBE)

Anlage 2: Beteiligungsbericht des Regional- Wasser/Abwasser- Zweckverbandes Zwickau-Werdau

Anlage 3: Beteiligungsbericht des Zweckverbandes Kommunale Informationstechnik Sachsen (KISA)

Anlage 4: Beteiligungsbericht des des Zweckverbandes Gasversorgung in Südsachsen